Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 252 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Mittwoch, 26. Oktober 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Nach Verkündung des Staatsgerichtshofurteils

Im Staatsgerichtshofprozeß der Länder Preußen, Bayern und Baden gegen das Reich verkündete Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke folgendes Urteil:

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend amtliche Befugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen. Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reiche oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen.

Soweit den Anträgen hiernach nicht entsprochen wird, werden sie zurückgewiesen.

Die Begründung

Der Begründung schickte der Vorsitzende die Bemerkung voraus, daß er naturgemäß darauf verzichten müsse, die ganze Fülle der Gesichtspunkte, die in der Verhandlung zutage getreten seien, auch nur einigermaßen zu erschöpfen. Ueber den wesentlichen Inhalt der Gründe, von denen der Staatsgerichtshof bei seiner Entscheidung ausgegangen sei, führte er aus:

Die Anträge,

über die der Staatsgerichtshof zu entscheiden hatte, zerfallen in drei Gruppen.

Die erste Gruppe bilden die Anträge, die sich unmittelbar **gegen die Verordnung** vom 20. Juli **und deren Auswirkungen** richten.

Mit der **zweiten Gruppe** wird eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes darüber angestrebt, daß gewisse **Maßnahmen** auf Grund des Artikels 48 niemals und **unter keinen Umständen getroffen werden dürfen.**

Die dritte Gruppe bildet der Antrag, durch einen besonderen Ausspruch festzustellen, daß **die Behauptungen des Reiches, Preußen** habe seine **Pflicht** gegen das Reich **nicht erfüllt, nicht begründet** und nicht erwiesen seien.

Eine sachliche Entscheidung über die Anträge der zweiten Gruppe hat der Staatsgerichtshof abgelehnt.

Er verneint nicht, daß die Länder ein Interesse daran haben, die Grenzen, die bei Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 den Ländern gegenüber eingehalten werden müssen, ein für allemal festgestellt zu sehen. Dieses Interesse ist aber politischer Natur und reicht nicht aus, um die Annahme zu begründen, daß eine Streitigkeit im Sinne des Artikels 19 der Reichsverfassung vorliegt. Dieser Begriff erfordert anders als der in den Artikeln 13 Absatz 2 und 15 Absatz 3 der Reichsverfassung umschriebene Begriff der Meinungsverschiedenheit des Vorliegen eines bestimmten Einzeltatbestandes. An diesem fehlt es bei den Anträgen Bayerns und Badens mit einer Ausnahme. Diese Ausnahme bildet der Antrag, festzustellen, daß auf Grund des Artikels 48 die Vertretung eines Landes gegenüber dem Reiche, insbesondere die Vertretung eines Landes im Reichsrat, nicht angetastet werden darf.

Insoweit sind durch das Vorgehen gegen Preußen die Interessen der anderen Länder unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen. Hier ist somit ihre Antragsbefugnis anzuerkennen. Die sachliche Entscheidung über diesen Teil der Anträge ergibt sich aus der Entscheidung über die unmittelbar gegen die Verordnung gerichteten Anträge.

Auch dem Verlangen, ausdrücklich auszusprechen, daß das Reich dem Lande Preußen zu Unrecht eine Nichterfüllung von Pflichten vorgeworfen habe, konnte keine Folge gegeben werden.

Diese Frage ist eine von den zahlreichen Vorfragen, zu denen der Staatsgerichtshof Stellung nehmen muß, um über die unmittelbar gegen die Verordnung gerichteten Anträge entscheiden zu können. Darauf, daß eine dieser Vorfragen zum Gegenstand eines besonderen Ausspruchs im Urteil gemacht werde, haben die Beteiligten kein Anrecht. Ein solches kann auch daraus nicht hergeleitet werden, daß eben diese Frage von besonderer politischer Bedeutung ist.

An der Antragsbefugnis des Landes Preußen und auch der Länder Bayern und Baden gegen die Verordnung vom 20. Juli und ihre Ausführung besteht kein begründeter Zweifel.. Auch an der Auffassung, daß Preußen im gegenwärtigen Rechtsstreit durch die am 20. Juli amtierenden preußischen Minister und durch die am 20. Juli amtierende preußische Landesregierung vertreten wurde, hält der Staatsgerichtshof fest. Den beiden Fraktionen vermag der Staatsgerichtshof die Antragsbefugnis für den vorliegenden Fall nicht zuzuerkennen, weil sie zur Vertretung des allein zu einer Klage gegen das Reich befugten Landes nicht berufen sind. Dem Versuch, mit ihrer Klage das Verfahren auf den Reichskommissar auszudehnen, hat dieser widersprochen. Ohne seine Zustimmung kann die Ausdehnung in diesem Abschnitt des Verfahrens nicht mehr vorgenommen werden. Die Antragsbefugnis der einzelnen Minister ist zu bejahen, soweit ihr Antrag gegen den Reichskommissar gerichtet war.

Auf Grund der Schreiben, die der Reichskanzler am 20. Juli an den preußischen Ministerpräsidenten und den preußischen Minister des Innern gerichtet hat und auf Grund der Tatsache, daß der Reichskanzler in seinem Schreiben den Ministerpräsidenten Dr Braun als Ministerpräsident a. D. bezeichnet hat, ist der Staatsgerichtshof der Auffassung, daß durch die Verordnung dem Reichskommissar die Ermächtigung erteilt werden sollte, die preußischen Staatsminister endgültig ihres Amtes zu entheben. Die Prüfung des Staatsgerichtshofes mußte sich daher auch auf die Frage erstrecken, ob eine Ermächtigung dieser Art mit der Reichsverfassung vereinbar ist. Zunächst war darüber zu befinden,

ob die Verordnung vom 20. Juli in dem Absatz 1 des Artikels 48 der Reichsverfassung die erforderliche Stütze finde. Diese Frage hat der Staatsgerichtshof verneint.

Die Auffassung, daß es sich bei den Voraussetzungen des Artikels 48, Absatz 1 um eine reine Ermessensfrage handele, vermag der Staatsgerichtshof nicht zu teilen. Ob ein Land seine Pflichten gegen das Reich nicht erfüllt hat, ist als Tat- und Rechtsfrage in diesem Streitfall vom Staatsgerichtshof nachzuprüfen.

Die Behauptungen, auf die das Reich den Vorwurf der Nichterfüllung von Pflichten gründet, bestehen zum Teil aus Handlungen, die nicht von den verantwortlichen Trägern der Staatsgewalt in Preußen, sondern von nachgeordneten Persönlichkeiten vorgenommen worden sind.

In solchen Handlungen kann eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht gefunden werden. Auch die Prüfung der Aeußerungen des Ministers Severing ergebe, daß sie das Maß der gebotenen Zurückhaltung nicht derart überschreiten, daß darin eine Pflichtverletzung des Landes gegenüber dem Reiche erblickt werden kann.

Hiernach bleibt zur Stützung der Behauptung einer Pflichtverletzung nur die eine vom Reiche am stärksten betonte Anführung übrig, daß die preußische Regierung es an der erforderlichen Tatkraft bei der Bekämpfung der kommunistischen Beweauna habe fehlen lassen. Aus den Behauptungen zur Begründung dieser Vorwürfe ergibt sich für keinen der beiden Vorwürfe eine genügende Stütze. Auf Absatz 1 des Artikels 48 kann hiernach die Verordnung vom 20. Juli nicht gegründet werden.

Zu der Frage, ob der Staatsgerichtshof im Streitfall den Umfang der Voraussetzungen des Artikels 48, Absatz 2 nachzuprüfen hat, oder ob er insoweit seiner Entscheidung die Auffassung des Reichspräsidenten zugrunde zu legen habe, hat der Staatsgerichtshof bisher niemals Stellung genommen. Auch im vorliegenden Falle bedarf es einer Stellungnahme zu dieser Frage nicht; denn es ist offenkundig, daß die Verordnung vom 20. Juli in einer Zeit schwerer Störung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen wurde. Zugleich aber bestand die ernste Gefahr, daß die innenpolitische Spannung sich noch weiter steigern und zu einer unmittelbaren Bedrohung der Grundlagen unseres Verfassungslebens auswachsen werde.

Die Voraussetzungen für ein Einschreiten auf Grund des Art. 48, Absatz 2, waren danach ohne weiteres gegeben. Aus der Größe der Gefahr ergibt sich zugleich, daß es das Recht und die Pflicht des Reichspräsidenten war, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung alle ihm geeignet erscheinenden Mittel anzuwenden, soweit sie mit der Reichsverfassung vereinbar sind.

Der Reichspräsident konnte in dieser Lage nach pflichtmäßigem Ermessen zu der Auffassung gelangen, daß es geboten sei, die gesamten staatlichen Machtmittel des Reiches und Preußens in einer Hand zusammenzufassen, und die Politik des Reiches und Preußens in einheitliche Bahnen zu lenken. Hieran würde man nichts ändern können, wenn die Behauptung Preußens zuträfe, daß die Gefahrenlage zum mindesten zu einem Teil auf die eigenen innerpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung zurückzuführen sei. Von dieser Grundauffassung aus erledigen sich die Einwendungen Preußens, daß die Verordnung vom 20. Juli einen Ermessensmißbrauch oder eine Ermessensüberschreitung enthalte.

Die Maßnahmen des Reichskommissars können als solche den Staatsgerichtshof nur beschäftigen, soweit sie etwa die Grenzen der ihm erteilten Ermächtigung überschreiten.

Der Inhalt der angefochtenen Verordnung, heißt es in der Begründung weiter, ist an sich zulässig, soweit er als eine bloße Verschiebung von Zuständigkeiten, als eine Uebertragung von geschäftlichen Befugnissen von der Landesregierung an ein Reichsorgan aufgefaßt werden kann. Dagegen ist er mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, soweit durch die Verordnung in andere Vorschriften der Reichsverfassung eingegriffen wird. Artikel 17 schreibt vor, daß jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben muß, die sich auf der Volksvertretung aufbaut. An Stelle dieser Landesregierung kann auch vorübergehend ein anderes Organ gesetzt werden. Artikel 63 bestimmt, daß die Länder im Reichsrat durch die Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden. Diese Vertretung im Sinne des Art. 48, Abs. 2, einem Lande zu entziehen und sie auf einen Reichskommissar zu übertragen, bedeutet eine wesentliche Beeinträchtigung der Stellung des Landes im Reiche und eine dem Wesen des Reichsrats widersprechende Veränderung seiner Zusammensetzung. Hiernach geht es nicht an, einen Reichskommissar als Landesregierung einzusetzen und die verfassungsmäßig bestellten Minister ihres Amts zu entheben. Die Veränderung läßt sich aber unter dem Gesichtspunkt der Zuständigkeitsverschiebung innerhalb der Grenzen, die sich hieraus ergeben, rechtfertigen. Eine solche Verschiebung der Zuständigkeit erfolgt überall da, wo ein Reichskommissar auf Grund des Art. 48, Abs. 2, zur Ausübung gewisser an sich dem Lande zuständiger Befugnisse eingesetzt wird. Der Wortlaut der Verordnung schließt auch nicht aus, sie im Sinne einer solchen Zuständigkeitsveränderung aufzufassen. Die Abtrennung von Zuständigkeiten der Landesregierung und die Uebertragung auf ein Reichsorgan findet aber darin ihre Grenzen, wenn der Landesregierung die Befugnisse erhalten bleiben müssen, die nach dem eben Gesagten zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes und seiner Stellung im Reiche gewährt werden müssen.

Es muß also die verfassungsmäßige Landesregierung als Organ des Landes selbst bestehen bleiben. Es muß ihr die Vertretung des Landes gegenüber dem Reiche,

Das Arbeitsrecht

Reichsarbeitsminister Schäffer zum sozialpolitischen Programm der Reichsregierung

Reichsarbeitsminister Schäffer sprach am Montag in der Stuttgarter staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft über das Arbeitsrecht. Nach einem Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des neuzeitlichen Arbeitsrechtes kennzeichnete der Redner die verschiedenen Perioden in der deutschen Sozialpolitik.

Reichsarbeitsminister Schäffer entwickelte sodann das sozialpolitische Programm der neuen Reichsregierung: Anerkennung der Notwendigkeit der Gewerkschaften und ihrer Betätigungsfreiheit, aber nicht Anerkennung des Monopols bestimmter Verbände, Anerkennung des Tarifgedankens, aber Bestreben, seine Starrheit zu mildern durch erhebliche Einschränkung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen, durch Hinwirken auf größere Anpassung des Tarifinhaltes auf örtliche und betriebliche Besonderheiten; Einschränkung auch der allgemeinen Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, soweit sie zur Anwendung des Tarifvertrages auf Verhältnisse führen würde, für die er nicht berechtigt ist, und durch die Möglichkeit der Kürzung des Tariflohnes in wirtschaftlich besonders gefährdeten Betrieben; im Arbeitsschutz Vereinfachung der jetzt sehr mannigfachen Vorschriften, z. B. auf dem Gebiet der Sonntagsruhe, in der Sozialversicherung Verwaltungsvereinfachung; endlich Arbeitsbeschaffung und Ankurbelung der Wirtschaft.

Der Minister betonte besonders, daß die Hauptaufgabe jetzt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei, auf dieses Ziel seien alle Maßnahmen des Regierungsprogramms eingestellt.

Der Minister hob die große wirtschaftliche Bedeutung der Sozialeinrichtungen hervor und wies darauf hin, wie sehr gerade auch die Tüchtigkeit der deutschen Arbeiterschaft auf die deutschen Sozialmaßnahmen zurückzuführen sei. Eine gute Sozialpolitik schaffe eine arbeitsfreudige und zufriedene Arbeiterschaft und erwecke und stärke in ihr das Gefühl der Verbundenheit mit dem Staat und der Mitverantwortung für das öffentliche Leben.

Kirchlich-sozialer Kongreß in Stuttgart

In der öffentlichen Begrüßungsversammlung des eröffneten 28. Kirchlich-sozialen Kongresses, die vom Geh. Konsistorialrat **Prof. Dr. Seeberg (Berlin)** geleitet wurde, nahm zuerst der **Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer,** der einer schwäbischen Pfarrersfamilie entstammt, im Namen der Reichsregierung das Wort zu herzlicher Begrüßung des Bundes und seiner Arbeit. Er wies auf die mannigfachen Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Vergangenheit und Gegenwart hin und rief unter sinniger Verwertung des Wortes „Getrennt marschieren, vereint schlagen" zum gemeinsamen Kreuzzug von Staat und Kirche wider die mörderische Arbeitslosigkeit auf.

Ihm schloß sich der württembergische **Finanzminister Dr. Dehniger** mit Grüßen der württembergischen Staatsregierung an. Er hob hervor, daß Württemberg mit seinen hervorragenden kirchlich-sozialen Einrichtungen und Verbänden einen besonders günstigen Boden für die Arbeit des Bundes abgebe.

Seine Worte wurden ergänzt durch den württembergischen Kirchenpräsidenten **Dr. Wurm,** der in seiner Rede die Losung ausgab: „Nicht Restauration, sondern Regeneration" und den Bund um Hilfe für die Oeffentlichkeitsarbeit der Kirche bat, zugleich aber auch eindringlich das Bürgertum und die Führer der Arbeiterbewegung aufrief, die Mitarbeit der Kirche an der Ueberwindung der Gegenwartsnot anzunehmen.

Ministerialdirektor Dr. Fischer sprach von den Zusammenhängen evangelischer Liebes- und Oeffentlichkeitsarbeit. Es folgten Grüße von Vertretern der Stadt Stuttgart, der badischen Regierung und der Universitäten Heidelberg und Tübingen. Freudigen Widerhall fand auch der herzliche Gruß der Christlichen Gewerkschaften und des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, dargebracht durch Stadtrat **Amann-Mannheim** und Generalsekretär **Rudolf-Berlin,** die beide ihre engste Verbundenheit mit dem Bunde bekundeten.

Die Begrüßungsversammlung fand ihren Abschluß in einem ergreifenden Nachruf für den verstorbenen **Dekan Mumm,** der dem Bund als geschäftsführener Direktor über drei Jahrzehnte gedient hatte.

Aus Anlaß der Eröffnung hat der Stuttgarter evangelische Buchhandel eine Ausstellung „Das Buch des Standes" veranstaltet. Syndikus **Gäde-Leipzig** von der Vereinigung der evangelischen Buchhändler Deutschlands führte die Kongreßteilnehmer in die Ausstellung ein, die einen lebendigen Eindruck von der Mannigfaltigkeit der Literatur der einzelnen Stände und Berufsschichten und von ihrer sorgfältigen Beachtung durch die evangelische Kirche vermittelte.

insbesondere im Reichsrat und Reichstag, wie gegenüber anderen Ländern belassen werden.

Auch die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten gegenüber den anderen höchsten Landesorganen können der Landesregierung nicht genommen werden.

Mußte hiernach der preußischen Landesregierung die Ausübung des Stimmrechts im Reichsrat belassen werden, so konnte ihr folgerichtig auch die Befugnis nicht entzogen werden, den vorhandenen Bevollmächtigten weiterhin Anweisungen für die Ausübung ihrer Rechte zu erteilen. Dem Reichskommissar konnte weder diese Befugnis noch das Recht übertragen werden, die bisherigen Bevollmächtigten im Hauptamt in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, oder neue Bevollmächtigte für den Reichsrat zu ernennen. Dagegen lassen sich aus der Reichsverfassung im übrigen keine begründeten Bedenken gegen die Ausstattung des Reichskommissars mit der Befugnis herleiten, Beamte in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, zu ernennen, zu befördern oder zu entlassen. Wenn dem Reichskommissar weiter die Befugnis zur Aufnahme von Anleihen für Zwecke des Landes gegeben wird, so erledigt sich diese Frage mit der sich aus Artikel 65 der preußischen Verfassung ergebenden Bestimmung, wonach die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits nur durch Gesetz erfolgen soll, also die Zustimmung des Landtages erforderlich ist. Damit rechtfertige sich die getroffene Entscheidung.

*

Vor der Urteilsverkündung hatte die uniformierte Leipziger Polizei einen besonders umfangreichen Sicherheitsdienst um und im Reichsgericht organisiert. Es durften nur Personen mit Ausweis das Reichsgericht betreten. Der Zuhörerraum war stark überfüllt. Die vor der Barriere bereitgestellten Plätze für das staatsrechtlich interessierte Auditorium war um mehr als 20 auf über 60 Sitze vermehrt.

Die Reichsvertretung wurde diesmal von Ministerialrat Hoche geführt. Ministerialdirektor Gottheiner war nicht erschienen.

Der Standpunkt der Reichsregierung

Wie aus Kreisen der Reichsregierung verlautet, sieht man das Urteil des Staatsgerichtshofes als eine vollständige Bestätigung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli d. J. an. Das Urteil entspricht auch dem Standpunkt der Reichsregierung hinsichtlich der politischen und parlamentarischen Vertretung des Landes Preußen. Diese Frage ist von der Reichsregierung stets als eine offene Frage behandelt worden.

Der Reichskanzler, so bemerkt man in Regierungskreisen, hat weder in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen, noch durch seine Organe die Vertretung des Landes Preußen im Reichsrat oder im Reichstag für sich beansprucht oder im Landtag bzw. Staatsrat ausgeübt. Ebenso wenig sind die ordnungsmäßigen Vertreter des Landes Preußen für den Reichsrat und den Staatsrat vom Reichskommissar instruiert worden. Was im übrigen die sonstigen bisher getroffenen Maßnahmen betrifft, so bleiben diese im vollen Umfange bestehen.

Hierzu erfährt das Conti-Nachrichtenbüro noch: Hinsichtlich der künftigen praktischen Folgerungen aus dem Spruch des Staatsgerichtshofes bleibt die Entscheidung abzuwarten, die selbstverständlich erst nach genauer Prüfung des Urteils und seiner Begründung erfolgen kann.

Sitzung des alten Staatsministeriums

Wie das „Tempo" berichtet, hat Ministerpräsident Braun für Mittwoch vormittag 10 Uhr das alte preußische Staatsministerium zu einer Sitzung im preußischen Wohlfahrtsministerium einberufen. Gegenstand der Beratung sind: die Stellungnahme zum Leipziger Urteil und die Feststellung der sich hieraus für das Kabinett ergebenden Folgerungen.

Reichsrat voraussichtlich erst nach den Wahlen

Nachdem das Urteil des Staatsgerichtshofes im Preußen-Konflikt ergangen ist, ist die Frage aufgeworfen worden, wann die nächste Vollsitzung des Reichsrats stattfindet, der angesichts der bisherigen ungeklärten Lage wegen der Vertretung Preußens seit längerer Zeit nicht mehr zusammengetreten war. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, ist in dieser Woche mit einem Zusammentritt des Reichsrats nicht mehr zu rechnen, und auch in der nächsten Woche wird mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehende Reichstagswahl eine Vollsitzung kaum noch stattfinden. Obwohl sich inzwischen umfangreicher Beratungsstoff angesammelt hat, wird der Reichsrat wahrscheinlich also erst in der auf den 6. November folgenden Woche zusammentreten. Dagegen sind die Reichsratsausschüsse zur Beratung der Rundfunkrichtlinien für die nächste Woche einberufen worden. In dieser ersten Sitzung nach der Leipziger Entscheidung wird also die Frage der Vertretung Preußens im Reichsrat auf Grund des Urteils des Staatsgerichtshofes erstmals [illegible] werden.

Die Aufnahme des Urteils in politischen Blättern

Die Auffassung der Berliner Blätter über das Urteil des Staatsgerichtshofes ist insofern fast übereinstimmend, als in den Kommentaren die rechtlichen und politischen Schwierigkeiten betont werden, die sich als Auswirkung des Urteils ergeben. Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** spricht von einem zwiespältigen Urteil, das ein ehrender Beweis für die Unabhängigkeit und Unbeeinflußbarkeit des höchsten deutschen Gerichtes sei. Der **„Lokalanzeiger"** nennt das Urteil ein „sonderbares Kompromiß", das nur eine theoretische, aber keine praktische Lösung bringe. **„Die Börsenzeitung"** bezeichnet das Urteil ebenfalls als **widerspruchsvoll. „Die Nachtausgabe"** fragt u. a., was nütze ein Recht der Vertretung Preußens im Reichsrat dem preußischen Staatsministerium, wenn es praktisch seine Amtsbefugnisse nach der Einsetzung des Reichskommissars nicht ausüben könne. Die **„Kreuzzeitung"** sagt, wenn es noch des Beweises bedurft hätte, daß die Einschaltung juristischer Instanzen in die lebendige politische Entwicklung zu staatsrechtlichen und politischen Ungeheuerlichkeiten führe, dann sei dieser Beweis durch das Leipziger Urteil des Staatsgerichtshofes erbracht worden. In ihm hätte das formal-juristische Denken einen Triumph über die Ueberlegungen der primitivsten politischen Vernunft gefeiert. Der **„Angriff"** nennt das Urteil eine „Niederlage Papens". Mit diesem Urteil habe der Staatsgerichtshof den Standpunkt eingenommen, den Landtagspräsident Kerrl schon vor mehreren Wochen präzisiert habe. Der **„Börsencourier"** sieht insofern in dem Urteil eine Klärung, als festgestellt werde, daß der Reichskommissar und seine von ihm eingesetzten Mitarbeiter keine Regierung seien. Die **„Vossische Zeitung"** sagt, der Staatsgerichtshof habe bewiesen, daß man auch in politischen Fragen höchsten Ranges Recht finden könne. Hätte die Regierung Papen das Abenteuer des 20. Juli gründlicher durchdacht, der Weg zum Rechtszustand wäre auf der ganzen Linie heute leichter. Der Spruch des Gerichtes sei eine schwere Niederlage für die Reichsregierung von Papen, zugleich eine Warnung für alle, die an der Verfassung leichten Herzens herumexperimentieren wollten. Das **„Berliner Tageblatt"** führt u. a. aus, der Streit um die Rechtsgültigkeit der Reichsexekution gegen Preußen habe weder dem Reiche, noch Preußen selbst einen vollen Sieg gebracht. Der **„Vorwärts"** spricht von einer halben Entscheidung, die eine politische, aber keine rechtliche sei. Unter der Ueberschrift „Ein Kompromiß" schreibt die **„Köln. Zeitung"** u. a.: Das Reich hat in dem wichtigsten Punkt vom Staatsgerichtshof recht bekommen. Die Einsetzung des Reichskanzlers als Reichskommissar und die vorübergehende Ausschaltung der preußischen Minister von der Ausübung ihrer Amtsbefugnisse sind für zulässig erklärt worden. Das Nebeneinander von einer kommissarischen und einer alten geschäftsführenden Regierung kann dagegen von keinem vernünftigen Politiker als erfreulich bezeichnet werden. Es ist noch schlimmer als der frühere sozusagen normale Dualismus zwischen dem Reich und Preußen, der gerade genug Reibungsflächen enthielt, und dessen Beseitigung daher zu den wichtigsten Reformen gehört. Die Wahl einer ordentlichen Staatsregierung durch den Preußischen Landtag ist der sicherste und vielleicht auch schnellste Weg, um den neuen Dualismus zwischen dem Reichskommissar und der alten geschäftsführenden Regierung zu beseitigen.

Nach dem Urteil des Staatsgerichts

In politischen Kreisen Berlins beschäftigt man sich natürlich lebhaft mit der Lage, die sich aus dem Urteil von Leipzig für das Verhältnis zwischen Reich und Preußen ergibt. Es scheint aber nicht, daß mit einer baldigen Klärung oder Aenderung der Verhältnisse zu rechnen ist, denn bei der Reichsregierung bezw. dem Reichskommissar besteht nicht die Absicht, irgendwelche Schritte zu unternehmen, um etwa zu einem Arrangement mit den alten preußischen Ministern zu kommen. Auf der anderen Seite wird das alte Preußen-Kabinett voraussichtlich eine

sehr vorsichtige Taktik

verfolgen, um alles zu vermeiden, was unter Umständen zu einem weiteren Einschreiten auf Grund des Artikels 48, Absatz 1, führen könnte, wie es in der Begründung ausdrücklich als möglich bezeichnet wird. Man kann wohl annehmen, daß die alte preußische Regierung nach ihrer Mittwoch-Vormittagssitzung — für die übrigens Personal und Räume zur Verfügung gestellt werden dürften, allerdings nicht in den Ministerien, sondern im Landtag — zu dem Ergebnis kommen wird, sich zunächst mit dem Reichskommissar in Verbindung zu setzen, um ihn zu fragen, wie er sich die weitere Entwicklung denkt. Aus der erwähnten vorsichtigen Taktik ergibt sich aber auch, daß die Verhandlungen wohl so schnell nicht zum Abschluß kommen werden. Jedenfalls

rechnet man in gut unterrichteten politischen Kreisen kaum damit, daß eine Lösung vor den Wahlen am 6. November zu erwarten ist.

Die beste Lösung ist nach Auffassung dieser Kreise die Neuwahl eines Ministerpräsidenten. Dadurch würden die Voraussetzungen, die zu den Maßnahmen des 20. Juli geführt haben, am einfachsten beseitigt werden. Daß übrigens ein Gegeneinanderregieren von Preußen und Reich als eine besondere Gefahrenquelle für Ruhe und Ordnung anzusehen ist, wird in der Begründung des Urteils sehr deutlich zum Ausdruck gebracht:

Brachts Essener Nachfolger



Als aussichtsreichster Kandidat für den Posten des Oberbürgermeisters in Essen gilt der gegenwärtige Bürgermeister von Essen, Schäfer

darum durfte die Lösung der Schwierigkeiten hier mit aller Ruhe gesucht werden.

In Kreisen der Reichsregierung

verzeichnet man mit Genugtuung, daß die Einsetzung des Reichskommissars durch das Urteil von Leipzig als berechtigt anerkannt worden ist. Ferner hat das Urteil in seinem Schlußteil festgestellt, daß Beamtenberufungen, -ernennungen und -absetzungen durch den Reichskommissar zulässig sind. Damit sei

der Reichskommissar instand gesetzt, die Amtsgeschäfte in vollem Umfange weiterzuführen.

Ganz klar kommt in der Begründung des Urteils nicht zum Ausdruck, wie der Staatsgerichtshof sich das Nebeneinander von Reichskommissar und den alten preußischen Ministern eigentlich denkt. In politischen Kreisen stellt man sich die Sache so vor, daß die alten Minister nach Auffassung des Staatsgerichtshofes sozusagen dafür da sein sollen, den Bestand des Staates Preußen als solchen zu überwachen, daß aber die praktische Verwaltung in der Hand des Reichskommissars liegt, der sich übrigens, wie unterstrichen wird, durchaus immer darüber im klaren gewesen ist, wie weit seine Befugnisse gehen.

Im übrigen wird in Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, betont, daß eine

Reichsreform auf Grund des Artikels 48 nicht beabsichtigt

ist. Das ergibt sich schon daraus, daß die Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 meist vorübergehenden Charakter tragen.

21 Reichswahlvorschläge

Der Reichswahlausschuß hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Wagemann den Reichswahlvorschlag für die Reichstagswahl am 6. November festgestellt. Von den insgesamt 24 Reichswahlvorschlägen, die diesmal eingegangen waren, wurden 21 zugelassen, und zwar in folgender Nummernfolge:

1 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung),
2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
3 Kommunistische Partei Deutschlands,
4 Deutsche Zentrumspartei,
5 Deutschnationale Volkspartei,
6 Bayerische Volkspartei,
7 — — — — — —
8 Deutsche Staatspartei,
9 Christlich-Sozialer Volksdienst (evangelische Bewegung),
10 — — — — — —
11 Deutsche Bauernpartei,
12 Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund),
13 — — — — — —
14 — — — — — —
15 Gerechtigkeitsbewegung Meißner,
16 Großdeutsche Mittelstandspartei für Mittelstandsdiktatur,
17 Sozialrepublikanische Partei Deutschlands (Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung),
18 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands,
19 Nationale Minderheiten in Deutschland,
20 Großdeutsche Volkspartei (Liste Schmaltz und national-soziale Partei der Mitte, Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirte, Haus- und Grundbesitzer),
21 Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft),
22 Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot (Reichsbund der Baltikum-, Oberschlesien-, Grenzschutz- und Freikorpskämpfer),
23 Deutsche Kaiserpartei,
24 Deutsche Präsidialpartei,
25. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

Die Nummern 7, 10, 13 und 14 bleiben frei für die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Volksrechtspartei, die keine eigenen Reichswahlvorschläge eingereicht, sondern diese mit denen anderer Parteien vereinigt haben. Nicht zugelassen wurden Wahlvorschläge einer „Nationalen Kommunistischen Partei", einer „Christlich-nationalen deutschen Arbeiterpartei" und einer Partei mit der Bezeichnung „Wie spart man Geld". Bei diesen Vorschlägen waren die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt. Auch bei einem Teil der zugelassenen Vorschläge ist die Zulassung unter dem Vorbehalt erfolgt, daß mindestens in einem Wahlkreis ein Kreiswahlvorschlag der Parteien zugelassen wird. Einige Schwierigkeiten hatten sich bei der Liste der Deutschen Bauernpartei, der gemeinsamen Reichsliste des Bayerischen Bauernbundes und des Landvolks ergeben, da der Reichswahlausschuß der Meinung war, daß drei der Unterschriften des Wahlvorschlages von einer Hand geschrieben waren. Durch nachträgliche Beschaffung einiger weiterer Unterschriften und persönliche Bemühungen des Ministers a. D. Dr. Fehr ist es aber im letzten Augenblick gelungen, die Schwierigkeiten auszuräumen, sodaß der Wahlvorschlag zugelassen wurde.

Zwei interessante Wahlplakate



die bereits jetzt in den Straßen Berlins an die Reichstagswahl mahnen

Ein Entschuldungsplan der Ostpreußischen Landwirtschaftskammer

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen hat einstimmig beschlossen, der am 11. November stattfindenden Vollversammlung der Landwirtschaftskammer einen Plan zur Entschuldung der Wirtschaft vorzulegen, der vom ersten stellvertretenden Präsidenten Dr. Bethke und von Dr. von Grünberg aufgestellt worden ist.

Der Plan besagt, daß die Entschuldung bei der Landwirtschaft beginnen soll. An einem Stichtage sollen

sämtliche Forderungen gegen die Landwirte in Deutschland auf die zuständige Landwirtschaftskammer übertragen

werden, nachdem zuvor eine Umgestaltung der Banken stattgefunden hat. Der Landwirtschaftskammer soll ein Bankinstitut angegliedert werden, auf das die Forderungen gegen die Landwirte übertragen werden, so daß von da an der Landwirt für seine Schulden vor dem Stichtage nur noch der Landwirtschaftskammer als alleiniger Gläubigerin verschuldet ist. Die Schuld soll indessen 80 Prozent des Einheitswertes nicht übersteigen. Sie soll mit zwei Prozent verzinst und mit einem Prozent getilgt werden. Grundsätzlich soll jeder Betrieb und jeder Landwirt ohne Rücksicht auf den Grad der Verschuldung umgeschuldet werden. Nur für den Fall der Unwündigkeit soll die Umschuldung abgelehnt werden. Die Gläubiger des Landwirts sollen im Wert ihrer anerkannten Forderungen ein Konto bei der für sie zuständigen Bank erhalten, aus dem sie ihrerseits wieder ihre Schulden decken können. Ganz ähnlich wie die Landwirtschaft soll

auch der Hausbesitz

umgeschuldet und entschuldet werden. Die Forderungen gegen Kommunen und Kommunalverbände gehen auf die Provinzialbank über, die auf dem Wege über die Umschuldungskasse die ehemaligen Gläubiger abfindet.

Die Entschuldung der Industrie

auf dem Wege der Umschuldung könne nur mit der nötigen Sicherheit vorgenommen werden,

wenn die Rechte der Generalversammlung in den Aktiengesellschaften auf das Reich

oder dessen Beauftragte, vorwiegend die Industrie- und Handelskammern, übergegangen seien.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer begründet den Beschluß damit, daß die Landwirtschaft nach einer generellen über das Gebiet des ganzen Reiches gehenden Entschuldung verlangt, und daß seiner Auffassung nach die bisherigen Versuche der Osthilfe als gescheitert zu betrachten seien.

Achtjähriges Mädchen rettet seine drei Geschwister aus Feuersgefahr

In Venlo an der niederländisch-deutschen Grenze entstand in einer Autogarage durch Explosion eines Benzinbehälters ein Brand, der schnell um sich griff. Ein Teil der Wohnung des Garagenbesitzers Teunissen stand im Nu in Flammen. Die vier Kinder des Ehepaars Teunissen

Nachfolger



...at für den Posten
...sen gilt der gegen-
...n Essen, Schäfer

...der Schwierigkeiten
...werden.

...sregierung

...ung, daß die Ein-
...s durch das Urteil
...erkannt worden ist.
...nem Schlußteil fest-
...gen, -ernennungen
...Reichskommissar zu-

...nd gesetzt, die
...em Umfange
...n.

...ündung des Urteils
... Staatsgerichtshof
...eichskommissar und
...rn eigentlich denkt
...man sich die Sache
...r nach Auffassung
...gen dafür da sein
...ates Preußen als
... die praktische
... Reichskommissars
...unterstrichen wird
...klaren gewesen ist
...en.
...n, die der Reichs-
...daß eine

...es Artikels 48
...igt
...aus, daß die Maß-
...kels 48 meist vor-
...n.

...ungsplan
...ndwirtschafts-

...tschaftskammer für
...instimmig beschlos-
...attfindenden Voll-
...haftskammer einen
... Wirtschaft vorzu-
...etenden Präsiden-
...von Grünberg auf-

...tschuldung bei der
... An einem Stich-

...gen die Land-
... die zuständige
...übertragen
...Umgestaltung der
...r Landwirtschafts-
... angegliedert wer-
... gegen die Land-
...aß von da an der
...vor dem Stichtage
...ammer als alleini-
... Die Schuld soll
...heitswertes nicht
... Prozent verzins
...t werden. Grund-
...d jeder Landwirt
... der Verschuldung
... den Fall der Un-
...ng abgelehnt wer-
...wirts sollen im
...rungen ein Konto
...ank erhalten, aus
... Schulden decken
...Landwirtschaft soll

...sitz
...werden. Die For-
...d Kommunalver-
...ialbank über, die
...schuldungskasse die

...Industrie
...ng könne nur mit
...ommen werden.

...lversammlung
...auf das Reich
...iegend die Indu-
...ergegangen seien.
...schaftskammer be-
...aß die Landwirt-
...er das Gebiet des
...huldung verlangt,
...ch die bisherigen
...eitert zu betrach-

...rettet seine
...euersgefahr

...ländisch-deutschen
...garage durch Ex-
... ein Brand, der
...der Wohnung des
...o im Nu in Flam-
...epaars Teumissen

die sich allein in der Wohnung befanden, waren in höchster Lebensgefahr. Das älteste, ein achtjähriges Mädchen, hatte die Geistesgegenwart, seine drei Geschwister aus dem Fenster des ersten Stockwerks den auf der Straße bereitstehenden Leuten, denen es nicht möglich war, wegen der starken Rauchentwicklung in das Haus einzudringen, zuzuwerfen, die sie in ausgespannten Tüchern auffingen. Zuletzt sprang das tapfere Kind, dessen Kleid bereits Feuer gefangen hatte, aus dem Fenster. Während seine drei Geschwister dank seines heldenmütigen Verhaltens vollkommen unversehrt gerettet wurden, erlitt es selbst einige Verletzungen. Ein Monteur erlitt bei dem Versuch, die Kinder zu retten, schwere Brandwunden.

Sühne für Sprengstoffattentate auf einen Frankfurter Kinopalast

Das Schwurgericht in Frankfurt a. Main verurteilte den Maler Ernst Schumann und den Architekten Walter Hoffmann wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz zu 3½ Jahren Zuchthaus bzw. 1½ Jahren Gefängnis. Beide gehörten der NSDAP. an.

Am 10. und 11. Juli 1931 wurden Sprengstoffattentate auf den Roxi-Palast, in dem der Film „Im Westen nichts Neues" lief, verübt. Es wurden mit Sprengstoff gefüllte Bleirohre in die Damentoilette geworfen. Am nächsten Abend wurde dann vom Dach des gegenüberliegenden Hauses eine Handgranate herabgeschleudert. Personen kamen nicht zu Schaden.

Weitgehende Einigung bei den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen

Aus Bern wird gemeldet: Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen haben zu einer weitgehenden Einigung geführt. Da die Abklärung weniger noch offenstehender aber wichtiger Punkte noch einige Tage erfordern wird, sind die Verhandlungen unterbrochen worden. Die deutsche Delegation begibt sich nach Berlin zurück. Die Besprechungen sollen nächste Woche wieder aufgenommen werden.

Parlamentsauflösung in Belgien — Neuwahlen am 27. November

Die Regierung Brocqueville hielt am Dienstag im Beisein des Königs einen ersten Ministerrat ab. Das Ergebnis dieser Besprechung ist der Beschluß der sofortigen Parlamentsauflösung. Das Auflösungsdekret wird gleichzeitig mit einem Aufruf an das Volk am Freitag oder Samstag im belgischen Staatsanzeiger veröffentlicht. Neuwahlen sind für Kammer und Senat auf den 27. November und für die Provinzialräte auf den 4. Dezember festgesetzt.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts tagt in Madrid

Die 60. Session des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes wurde in Madrid in den Räumen des Arbeitsministeriums eröffnet. Den Vorsitz führte der Präsident des Verwaltungsrats, der belgische Vertreter Maihan. Der Unterstaatssekretär im spanischen Arbeitsministerium, **Fabra Rivis**, begrüßte namens der spanischen Regierung die Delegierten, indem er zunächst des verstorbenen Albert Thomas gedachte und sodann der Versicherung Ausdruck gab, daß Spanien die Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes zu würdigen wisse und seinen Aufgaben größtes Interesse entgegenbringe. **Maihan** betonte, daß das Internationale Arbeitsamt die Durchführung seiner Aufgabe trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten fortsetzen werde.

Der französische Arbeitsminister **Dalimier** führte u. a. aus: Wir müssen alle unsere Bemühungen auf die Lösung der Weltkrise abstellen. Es gilt, die Weltwirtschaft wiederherzustellen. Die bevorstehende Londoner Weltwirtschaftskonferenz verfolgt keinen anderen Zweck. Das Internationale Arbeitsamt wird dabei eine wesentliche Rolle spielen. Die internationale Organisation der Arbeit könnte ihre sozialen Aufgaben nicht erfüllen, wenn sie die allgemeine Lage außer acht ließe.

Zum Schluß sprach der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, **Buttler**. Wir machen, so erklärte er, gegenwärtig eine allgemeine Wirtschaftskrise durch, die die Tendenz der Feindseligkeit gegen internationale Heilmittel gefördert hat. Diese Tendenz läuft nicht nur den Gedankengängen des Internationalen Arbeitsamtes zuwider, sondern auch den Tatsachen selbst.

Aus dem englischen Unterhause

Verschwiegenheit in der Schuldenfrage

Im Unterhause wurde der Schatzkanzler gefragt, ob er sich verpflichten könne, keine weiteren Schuldenzahlungen zu leisten, ehe das Unterhaus Gelegenheit gehabt habe, die durch die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands geschaffene neue Lage zu erörtern. Ferner wurde gefragt, wie die augenblickliche Lage hinsichtlich der Zahlung der Schulden bei Amerika sei. Neville Chamberlain erwiderte, er sei nicht in der Lage, augenblicklich irgendeine Erklärung abzugeben.

Mißtrauensantrag

Lansbury brachte einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein, der u. a. damit begründet wird, daß die Regierung wirksame Schritte gegen die Wirtschaftslage in Großbritannien nicht getan habe, wie dies die wachsende Zahl der Arbeitslosen zeige.

*

George Lansbury wurde in einer Sitzung der Fraktion der Arbeiterpartei zum Führer der Arbeiterpartei gewählt. Er tritt an die Stelle Arthur Hendersons, der freiwillig auf das Amt verzichtet hat.

Die Ablösung der Hauszinssteuer

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird in Nr. 59 der preußischen Gesetzessammlung eine vom preußischen Staatsministerium erlassene Verordnung zur Aenderung der Hauszinssteuerverordnung veröffentlicht, durch die in die Hauszinssteuerverordnung vom 9. März 1932 folgender § 1a neu eingeführt wird:

„Die Hauszinssteuer kann auch noch in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 31. März 1933 mit dem Dreifachen des vollen Jahresbetrages der Hauszinssteuer abgelöst werden. In diesem Falle sind die für die Zeit vom 1. April 1932 bis zum 30. September 1932 erhobenen Hauszinssteuerbeträge zur Hälfte auf den Ablösungsbetrag anzurechnen. Die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zur Entrichtung des Ablösungsbetrages fällig gewordenen Hauszinssteuerbeträge sind neben den Ablösungsbetrag zu zahlen."

Die Hauszinssteuerverordnung vom 9. März d. J. erhält durch die neue Verordnung eine neue Fassung, nach der von dem Aufkommen aus der Ablösung nach Abzug der gemäß § 3 erforderlichen Beträge zu verwenden sind:

1. je 33⅓ v. H. der im Rechnungsjahr 1932 eingehenden Ablösungsbeträge für den allgemeinen Finanzbedarf in den Rechnungsjahren 1932 und 1933.

2. 33⅓ v. H. der im Rechnungsjahr 1932 eingehenden Ablösungsbeträge für die Durchführung der Umschuldung der Gemeinden, jedoch insgesamt höchstens 76 Mill. RM. Die Ablösungsbeträge werden zwischen dem Lande und den Gemeinden (Gemeindeverbänden) nach dem in den einzelnen Rechnungsjahren jeweilig geltenden Schlüssel verteilt.

Schadensersatzklage gegen die Kreugerdirektoren

Die Verwalter der Konkursmasse der A. B. Kreuger u. Toll in Stockholm haben Klage gegen die Vorstandsmitglieder und Revisoren der Gesellschaft, die Anfang 1929 diese Aemter inne hatten, erhoben und beantragen Schadenersatz. Unter den 12 verklagten Vorstandsmitgliedern befinden sich mehrere namhafte Persönlichkeiten. Die Höhe der Klagesumme soll während des Gerichtsverfahrens angegeben werden.

Auf- oder Abrüstung

Einigung über den französischen Abrüstungsplan?

Der Studium- und Vorbereitungsausschuß des Obersten Verteidigungsrates beschäftigte sich wieder mit dem französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan. Laut Havas sollen sich die anfänglichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ausschußmitgliedern als weniger ernst herausgestellt haben, und im wesentlichen hätten sich alle Standpunkte einander genähert. Der Ausschuß habe daher konkrete Ergebnisse erzielt, die dem Obersten Verteidigungsrat unterbreitet würden. Dieser werde Freitag vormittag unter Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammentreten. Danach werde ein Ministerrat dem konstruktiven französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan eine endgültige Form geben. Der Plan werde sicher am 3. November dem Büro der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden.

*

Die in unserer vorigen Ausgabe wiedergegebene Meldung des Populaire über schwere Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kabinettsmitgliedern und General Weygand werden vom Matin dementiert, der darauf hinweist, daß auch der Studienausschuß des Obersten Rates der nationalen Verteidigung gegen dergleichen Gerüchte Stellung genommen habe. General Weygand sei, betont das Blatt, zu loyal und denke zu gemäßigt, als daß er gegen die Befehle, für die die Regierung die Verantwortung trage, öffentlich auftreten würde.

Etwas anders liest sich ein Artikel des Echo de Paris aus der Feder Pironeaus, von dem bekannt ist, daß er das Vertrauen des Generalstabes genießt. Hier ist von einem Dementi keine Rede, im Gegenteil, Pironeau schreibt, General Weygand habe nur seine Pflicht als verantwortlicher Führer und Schützer der militärischen Sicherheit des Landes getan. Weygand sei der Ansicht, daß Paul Boncours Plan, der ohne seine Mitarbeit zustandegekommen sei, die Sicherheit des Landes gefährlich schwäche. Sehe er doch auch Mindestherabsetzungen ohne jedwede Gegenleistung vor.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik hat ein Ministerrat stattgefunden. Ministerpräsident Herriot hat, wie der amtliche Bericht besagt, den Ministerrat davon in Kenntnis gesetzt, daß der Studienausschuß die Vorbereitung des Sicherheits- und Abrüstungsplanes vollendet hat, der am Freitagvormittag dem Obersten Rat der nationalen Verteidigung selbst unterbreitet werde.

Formalarbeit der Abrüstungskonferenz

Der belgische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, Bourquin, hat den Bericht über die Kontrolle der Durchführung der Abrüstungsbestimmungen, mit dessen Ausarbeitung er vom Büro der Abrüstungskonferenz beauftragt worden ist, dem Konferenzpräsidenten eingereicht. Desgleichen hat der italienische Delegierte Pilotti den Bericht über das Verbot der chemischen und bakteriologischen Kriegführung fertiggestellt. Beide Arbeiten werden in den nächsten Tagen den Delegationen zugestellt und dem Büro der Abrüstungskonferenz am 3. November vorgelegt werden.

Der in der Entschließung vom 23. Juli gleichfalls vorgesehene Bericht des spanischen Delegierten Madariaga über die Luftfahrtfragen ist bis jetzt noch nicht eingereicht worden.

Scharfe Kritik eines hohen englischen Geistlichen am Völkerbundsrat

Der Bischof von Ripen, Dr. Burroughs, nahm als Vorsitzender der Diözesan-Konferenz in Leeds in einer Rede in bemerkenswerter Weise zu der Abrüstungsfrage und dem Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung Stellung.

Der Glaube, daß wir einem Kriege näher sind als je seit dem Waffenstillstand, so betonte er, ist heute weit verbreitet. Er kritisierte den Völkerbundsrat, „der zur Hauptbühne für die Rivalitäten der Siegermächte geworden sei" anstatt ein gemeinsamer Zusammenkunftsort, wo das Allgemeinwohl erörtert werden könnte. In einer solchen Atmosphäre konnte natürlich die zarte Pflanze der Abrüstung nicht gedeihen, und die Abrüstungskonferenz habe sich im Juli mit einer bloßen Formel vertagt, die wenig oder viel bedeuten könnte und im voraus entwertet wurde durch zwei Weigerungen, nämlich die Ablehnung des Hoovervorschlages und die Weigerung, offensive Waffen, wie Tanks und Bombenflugzeuge, aufzugeben, die eben darum, weil man sie als offensiv betrachtete, Deutschland im Jahre 1919 verboten worden waren. Dennoch hätten sich die Mächte, die Deutschland entwaffneten, 1919 verpflichtet, dies nur als einen ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung zu behandeln und dieses Versprechen 1925 feierlich erneuert, als die Kriegsbeile in Locarno begraben wurden, und Deutschland in den Völkerbund eintrat.

Ist es erstaunlich, rief der Bischof aus, wenn Deutschland, nachdem diese Versprechen im Jahre 1932 sich noch immer als ein Fetzen Papier erwiesen haben, teils unter dem Druck der inneren Politik öffentlich erklärte, daß es nicht zur Abrüstungskonferenz zurückkehren könnte, wenn sein Anspruch auf Gleichheit nicht anerkannt würde? Da die anderen Mächte nicht gewillt sind auf sein Niveau abzurüsten, obwohl sie sich dazu verpflichteten, müssen sie zumindest seine Gleichberechtigung anerkennen. Würde England unter denselben Umständen eine andere Haltung einnehmen?

Das wirkliche Problem sei moralischer Art, und der Zweck seiner Rede sei, darauf hinzuweisen, daß die Krise, die der oberflächliche Beobachter auf eine plötzliche Wiedergeburt „deutscher Anmaßung" zurückführe, tatsächlich die unvermeidliche Folge einer Politik sei, die grundlegend unmoralisch sowie wirtschaftlich katastrophal und politisch unklug sei. Wenn wir ungenügend klar sehen und bescheiden genug sind, fuhr der Bischof fort, so werden wir der deutschen Regierung danken für eine augenscheinliche Hartnäckigkeit, die die Welt zu dem zurückbrachte, was noch immer das wahre Problem ist, wie im August 1914. Auf jeden Fall hat diese Hartnäckigkeit die Regierungen ernüchtert und sie bewogen, der allgemeinen Abrüstung neue Aufmerksamkeit zuzuwenden

Rätselraten um die Viermächtekonferenz

Der politische Korrespondent der Morning Post bezeichnet die Aussichten für ein baldiges Zustandekommen der Vierer-Konferenz als gering. Dagegen will der parlamentarische Korrespondent der Times wissen, daß, obwohl keine amtliche Mitteilung vorliege, in ministeriellen Kreisen die feste Ueberzeugung geherrscht habe, die vorgeschlagene Viermächtekonferenz werde in naher Zukunft zusammentreten.

*

Wie in London verlautet, rechnet der amerikanische Delegierte Norman Davis für Donnerstag mit seiner Abreise von London nach Genf. In Paris wird er sich ein oder zwei Tage aufhalten und wahrscheinlich mit Herriot zusammentreffen. Man ist übrigens in London der Auffassung, daß der optimistische Ton der Unterhauserklärung Sir John Simons über die Viermächtekonferenz zu einem Teil auf die Besprechungen des Amerikaners mit dem Premierminister und dem Staatssekretär des Aeußern zurückzuführen sei. Reuter hält die Möglichkeit für gegeben, daß beschlossen werden wird, an Deutschland nochmals heranzutreten, nachdem nächste Woche in Genf das Büro der Abrüstungskonferenz zusammengetreten sein wird.

Reichskuratorium für Jugendertüchtigung

Der Reichsinnenminister hat das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung zu Donnerstag, 27. Oktober, zu seiner ersten Sitzung im Reichsinnenministerium zusammenberufen.

*

Der Reichsinnenminister hat folgende Herren zu Mitgliedern des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung berufen:

1. Als Vertreter der Reichsregierung:

1. Ministerialrat von Manteuffel (Reichsfinanzministerium), 2. Oberst von Bredow (Reichswehrministerium), 3. Präsident Syrup (Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung).

2. Als Vertreter der Landesregierungen:

4. Ministerialdirektor Dr. Landfried (preußisches Staatsministerium), 5. Oberregierungsrat Diels (preußisches Innenministerium), 6. Ministerialrat Dr. von Rottenburg (preußisches Kultusministerium), 7. Ministerialdirektor Freiherr von Imhoff (Vertretung der bayerischen Regierung bei der Reichsregierung), 8. Ministerialrat von Jan (bayerisches Kultusministerium), 9. Ministerialrat von Loeben (sächsisches Innenministerium), 10. Ministerialrat Dr. Löffler (württembergisches Kultusministerium), 11. Ministerialrat Dr. Thoma (bayerisches Ministerium des Kultus und Unterrichts), 12. Staatsminister Wächtler (thüringisches Innenministerium), 13. Oberschulrat Hassinger (hessisches Kultusministerium), 14. Oberschulrat Dr. Kozminski (Mecklenburg-Strelitzsches Innenministerium).

3. Als Vertreter der Verbände:

15. Rittmeister a. D. Barthels (Deutscher Reichskriegerbund Kyffhäuser), 16. Major a. D. Boeß (Reichs-Jungландbund), 17. Staatsminister a. D. Dominicus (Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen), 18. Erich Eggeling (Jungdeutscher Orden), 19. Oberleutnant a. D. Krüger (NSDAP.), 20. Staatssekretär a. D. Lewald (Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen), 21. Kriminalpolizeirat Linnemann (Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen), 22. Rittmeister a. D. von Morozowicz (Stahlhelm), 23. Ernst Mundt (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband), 24. Vizeadmiral a. D. Rösing (Bund deutscher Marinevereine), 25. D. Stange (Eichenkreuz), 26. Vizeadmiral a. D. von Trotha (Deutscher Hochseesportverband Hansa), 27. Generalpräses Wolker (Deutsche Jugendkraft).

4. Als Einzelpersönlichkeiten:

28. Generalsekretär Dr. h. c. Diem, 29. Reichsminister a. D. Dr. Geßler, 30. Reichsminister a. D. Landrat Dr. Haslinde, 31. Generalmajor a. D. Hergott, 32. Geheimer Hofrat Prof. Dr. Sauerbruch, 33. Generalmajor a. D. Vogt.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat seine Vorschläge noch nicht machen können, da die erforderlichen Sitzungen noch nicht stattgefunden haben.



Die Blauen Jungens, Jahrgang 1932, werden geprüft

Unsere beiden Bilder berichten von den Herbsteinstellungen des Nachwuchses bei der Reichsmarine. Ehe ein Bewerber in die Reichsmarine aufgenommen wird, muß er sich einer genauen Prüfung unterziehen — können doch von 18000 Gesuchen nur etwa 350 für den Ostseebereich berücksichtigt werden. Unser Bild unten zeigt die allgemeine Untersuchung durch den Stabsarzt — auf dem Bilde oben muß der künftige Seemann zeigen, daß er auch gut klettern kann

Im Lande des Fleischextraktes

Wo Menschen und Tiere gedeihen — Was zur Konserve wird — Wildheit und Romantik

Der Fleischextrakt war eine Neuheit. Der Gedanke, diese Konserve zu schaffen, hat seinen Erfinder und seine Nachfolger zu Millionären gemacht. Jetzt aber, da die Erde nicht mehr so vom Warenverkehr überzogen ist, jedes Land sich allein zu nähren versucht, besonders das Fleischextrakt keine gesuchte Handelsware mehr ist und wie in Deutschland auch andere Länder enge Kontingente gezogen haben, ist es so ziemlich mit der Herrlichkeit der

Verwandlung ganzer Tierherden in Extrakt

und ihre Verfrachtung in Blechbüchsen vorbei. Aber dennoch versucht die Industrie auch heute noch zu existieren, und so ist es immerhin von Interesse, auf die Gegenden zu blicken, wo die Heimat des Fleischextraktes ist.

Unzertrennlich wie das Gulasch und der Tschikos, der ungarische Pferdehirte, von der Pußta, wie der Cowboy von den Prärien im „wilden Westen" ist

der Gaucho von seinen Pampas,

den unermeßlichen, grasbewachsenen Ebenen der La-Plata-Staaten Südamerikas. Der Gaucho betrachtet sich als Spanier. Er besitzt auch den Stolz des echten Hidalgo, in Wahrheit aber ist er ein Mischling, in dessen Adern mehr indianisches als spanisches Blut fließt. Wie seine kupferfarbenen Ahnen mütterlicherseits, so liebt auch er die Freiheit über alles. Gleich dem Beduinen der afrikanischen Wüste jagt er auf wilden Rossen durch die endlosen Lanos.

Recht malerisch ist die Tracht des Gaucho,

bei der auch freilich schon die Zeit vorauszusagen ist, wo sie der Geschichte angehören wird. Ein grobes Hemd, weite Moleskinhosen, eine helle Jacke und darüber der bunte, wollene Poncho, ein großes, viereckiges, gestreiftes, auch kariertes Stück Zeug mit einem Loch in der Mitte, durch das der Kopf gesteckt wird. Langschäftige Stiefel, ein breitkrempiger Panama oder ein Schlapphut aus schwarzem Filz und ein rotgemustertes Halstuch vervollständigen das etwas seltsame Kostüm, zu dem nur die Wildnis den geeigneten Hintergrund bildet. Die Waffen oder das Handwerkszeug des zum Büffel- oder Pferdefang ausgerüsteten Gaucho besteht in dem aus ungegerbter Haut geflochtenen

Lasso,

dem 33 Zentimeter langen Messer, das in lederner Scheide am Gürtel getragen wird, und dem **Bolas**, zwei eisernen Kugeln, die an den Enden eines langen Riemens befestigt sind. Der Jäger wirbelt den Bolasriemen einige Male in der Luft herum und schleudert ihn dann gegen die Hinterbeine des verfolgten Tieres, das sich darin verwickelt und zu Boden stürzt.

Die Lebensbedürfnisse des Gauchos sind

ungemein bescheiden.

Sie wohnen in Erdhütten oder niedrigen Behausungen, die aus Baumstämmen roh zusammengezimmert sind. Mit Gleichmut ertragen sie die größten Entbehrungen und Beschwerden. Es macht ihnen nichts, nach Hunderten zählende, verworrene Massen eben eingefangener Rinder oder Pferde Tage und Nächte hindurch 300 Kilometer weit zu treiben. Ohne zu murren, hausen die abgehärteten Burschen, wenn es sein muß, wochenlang auf freiem Feld und nehmen mit der einfachsten Nahrung vorlieb, nur Fußtouren darf man von ihnen nicht verlangen. Der Pampashirt macht lieber einen Umweg von vielen, vielen Kilometern zu Pferde, als einen zu Fuß. Im Sattel zeigt er sich kühn und gewandt, wie kein anderer Reiter auf dem Erdenrund, ohne sein Roß aber ist er fast so unbeholfen wie ein Kind, das eben erst gehen gelernt hat. Mit dem

wunderbaren Orientierungsvermögen

und den scharfen Sinnen der Rothäute ausgestattet, wissen sich die Gauchos in der unermeßlichen einförmigen Ebene selbst zur Nachtzeit zurechtzufinden. Den Besitzern der großen Estancias, den Gütern, auf denen ausschließlich Viehzucht getrieben wird, sind diese Söhne der Wildnis unentbehrlich. Sie stehen auch meist im Dienst der Estancieros, nur wenige haben ihr eigenen kleinen Viehzüchtereien.

Im Bezirk Rio Negro, am linken Ufer des Uruguay, da, wo der Strom die Breite von 11 bis 16 Kilometer erreicht, liegt in malerischer Umgebung das

etwa 7000 Einwohner zählende Städtchen Fray Bentos.

Der kleine Ort ist der zweitwichtigste Hafen der Republik Uruguay. Berühmtheit erlangt hat Fray Bentos durch die 1863 von einem Hamburger Ingenieur gegründete

Fabrik, in der nach dem Rezept des großen Chemikers Justus v. Liebig,

der unter dem Namen des großen Gelehrten in den Handel gebrachte bekannte Fleischextrakt hergestellt wird. Außer den Schlachthäusern und den ausgedehnten Räumen, in denen man das Fleisch verarbeitet, umfassen die Anlagen auf einer Fläche von mehreren Tausend Hektar riesige Hallen für die Häuteabteilung, zur Gewinnung von Talg, Knochen und Blutmehlmühlen, eine Speisefettfabrik, eine Darmwäscherei, Konservenfabriken für Zungen, Corned Beef und ähnliche Erzeugnisse, Werkstätten zum Anfertigen und Verlöten der Blechbüchsen, eine Eisengießerei, Schmieden und Tischlereien. Die Ansiedlung ist in der Tat

eine kleine Stadt für sich.

Da sieht man neben den Bürogebäuden die hellgetünchten Häuschen der verheirateten Angestellten, das malerisch gelegene Klubhaus der noch ledigen Beamten, und Wohnhäuser für sie mit herrlichen Gärten. Ferner gehören zu den umfangreichen Anlagen Schulen, eine Bibliothek, ein auf einer Anhöhe erbautes Krankenhaus, das ein deutscher Arzt leitet, und schließlich die Kolonie der bei dem Riesenunternehmen tätigen Gauchos.

Auf den angrenzenden ungeheuren Grasflächen von fast 200 000 Hektar

weiden oft mehrere 100 000 Rinder,

die von den Gauchos beaufsichtigt und nach und nach geschlachtet werden. Da nun in manchen Monaten täglich mehrere tausend Tiere in das Schlachthaus wandern, würde der Vorrat bald erschöpft sein, wenn die Vieheinkäufer nicht beständig in den La-Plata-Staaten umherreisten und aus dem Viehreichtum dieser Landstriche die schönsten Rinder aufkauften.

Die zum Schlachten auserwählten Ochsen werden in große Umzäunungen getrieben. Wenn die Tiere hier getötet sind, werden sie nach dem Schlachthaus gerollt. Mit staunenswerter Schnelligkeit geht dann die Enthäutung und Zerlegung vor sich.

In fünfzehn Minuten hängt dann das Fleisch in den großen Kühlhallen,

wovon es nach ein bis etwa vier Stunden in die Extraktküche gelangt. Vorher wird es vom Koch von Knochen, Sehnen und Fett befreit und in den Hackmaschinen zerkleinert. Das Hackfleisch kommt mit dem gleichen Gewicht an Wasser in die etwa 7000 Liter fassenden Kochpfannen und zuletzt in die ungeheuren Vakuumapparate. Der fertige Extrakt wird dann zum Schluß in Blechbüchsen und Blechkisten gepreßt.

Es war ein großes Aufsehen, als die ersten Fleischextrakte sich über die Welt ergossen, und der Begründer der Fabriken fand schnell Nachahmer. Der erste Rückschlag setzte vor vielen Jahren ein, als große Enthüllungen über die amerikanischen Fleischkonserven gemacht wurden und sich die Behörden gezwungen sahen,

eine scharfe Kontrolle der Konservenfabrikation

einzurichten. Der Skandal war aber bald überlebt und die riesigen Unternehmungen ständen auch heute noch in hoher Blüte, wenn nicht die Weltwirtschaftsschwierigkeiten auch dieser Entwicklung einen sichtbaren Riegel vorgeschoben hätten.

Dr. F. H.

Der Reichsinnenminister zu „Ketzereien am Wochenende"

Minister Freiherr von Gayl hat nach Prüfung des Berichts über einen Rundfunkvortrag vom vergangenen Samstag „Ketzereien am Wochenende", der in der Oeffentlichkeit scharf angegriffen worden ist, den Reichsrundfunkkommissar ersucht, dafür zu sorgen, daß solche Vorträge in Zukunft nicht wieder zugelassen werden. Gleichzeitig ersuchte der Minister, auf die Programmleitung einzuwirken, in Zukunft in der Auswahl der zu den Vorträgen zugelassenen Personen vorsichtiger zu sein.

Kleine politische Nachrichten

Reichswehrangehörige wegen Waffenverkaufs verhaftet

Vom Reichswehrministerium wird die Meldung bestätigt, daß in Königsberg vier Reichswehrangehörige wegen versuchten Verkaufs von Waffen an Zivilisten verhaftet worden sind. Die betreffenden Soldaten versuchten, zwei Pistolen und Munition zu verkaufen.

Polnische Schikane gegen Danzig

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Oberst Prystor hat ein polnischer Ministerrat stattgefunden. Hierbei wurde beschlossen, an allen Kassen der polnischen Eisenbahnen, auch an jenen, die sich im Gebiete der Freien Stadt Danzig befinden, Zahlungen von nun an ausschließlich in polnischer Währung entgegenzunehmen. Die polnische Presse verbreitet diese Meldung zum Teil unter triumphierenden Ueberschriften, wie „Nur polnisches Geld in Danzig an den Eisenbahnkassen".

Anerkennung der neuen chilenischen Regierung durch Deutschland

Aus Santiago de Chile wird berichtet: Der deutsche Gesandte Freiherr von Reiswitz hat am 18. Oktober im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß die deutsche Reichsregierung die neue chilenische Regierung anerkannt hat.

Kleine Meldungen

Frecher Juwelenraub. In Hamburg in der stark belebten Dammthorstraße wurde am Dienstagnachmittag von einem Manne die Ladenscheibe eines Juweliergeschäftes mit einem Stein eingeworfen. Der Täter riß ein Tablett mit Schmucksachen, zumeist Brillantringen, im Gesamtwerte von 15 000 bis 20 000 RM. an sich und ist mit seiner Beute auf dem Fahrrad entkommen.

Urteil im Prozeß gegen die BEZG-Direktoren.

Aus Bayreuth wird gemeldet: Im Prozeß gegen die Direktoren der B. E. L. G. wurden verurteilt Direktor Scherber zu drei Jahren Zuchthaus und 9 000 RM. Geldstrafe, Kommerzienrat Delaporte zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 6 000 RM. Geldstrafe, Direktor Thoma zu 10 000 RM. Geldstrafe.

Versuch mit einem spanischen Unterseeboottank.

Aus Madrid wird berichtet, daß ein spanischer Erfinder namens Ruiz auf dem See von Casa de Campo vor 15 000 Zuschauern einen Unterseeboottank vorgeführt hat, für den der notwendige Sauerstoff durch elektrolytische Zersetzung des Wassers gewonnen wird. Ruiz fuhr mit seinem Fahrzeug zunächst einmal um den See, dann ließ er den Unterseeboottank tauchen. Nach 95 Minuten mußte der Tank durch einen Schlepper gehoben werden, da Wasser in das Boot einzudringen begann. Die Versuche sollen fortgesetzt werden.

Bekanntmachung

In unser Handelsregister Abteilung A ist am 17. Oktober 1932, unter Nr. 496, die **Firma Carl Hertmanni, Burscheid**, eingetragen worden und als Inhaber der Kaufmann Carl Hertmanni in Bergisch Neukirchen. Der Ehefrau Kaufmann Carl Hertmanni, Martha geb. Bormann in Bergisch Neukirchen ist Prokura erteilt.

HR A 496 **Amtsgericht Opladen.**

Vaterl. Frauenverein

Die General-Versammlung des Zweigvereins Burscheid soll am Mittwoch, den 2. November 1923, nachmittags 3.30 Uhr, mit Festkaffee im Hotel „Zur Post" (Otto Stoßberg) abgehalten werden.

Bei der Gelegenheit findet eine Verlosung statt, deren Erlös als Weihnachtsbeihilfe verwandt werden soll. Mitglieder und Freunde des Vereins werden gebeten, kleine Geschenke zu stiften.

Abgabestellen:
Hotel „Zur Post", Burscheid
Evangel. Gemeindehaus, Burscheid
Frau Alwine Siebold, Hilgen

Für Barzahler die beste Kaufgelegenheit in
Teppichen, Läuferstoffen Gardinen u. Dekorations-Stoffen
Teppichhaus Neumarkt (Inh. Ludwig Heidenheimer), Köln Neumarkt 14. Sonntag von 1 bis 6 Uhr geöffnet.

3 Zimmer
abgeschl. Etage, sofort oder zum 1. Dez. zu vermieten.
Dorff Ww., Burscheid Hauptstraße 1.

Drucksachen
liefert die Buchdruckerei dieser Zeitung.





Kasino Blasberg
Donnerstag, 27. Oktober, abends 8.30 Uhr
Versammlung
Tagesordnung:
1. Zahlung der Bezüge.
2. Bestellung von Kohlen, Briketts und Saatkartoffeln.
3. Verschiedenes.

Wegen der Bestellung von Saat-Kartoffeln ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Der bestellte
Düngekalk
(auch für Gartenbau-Verein) kann an meinem Lager abgeholt werden.
Wilhelm Haas
Burscheid, Fernspr. 595.

Empfehle **reinweiße**
Astern
für Allerheiligen u. Totenfest von 0.40 RM bis 1.— RM in Töpfen u. z. Auspflanzen.
Stiefmütterchen, blühend Stück 3 Rpf.
Hubert Fuhrbach
Gartenbausiedlg. Sieperfeld Sieferhof bei Burscheid

Da z. Zt. keine Verwendung verk. Dame **vornehm. Speisezimm.** Eiche m. Nußb., Büfett 2 m., kompl. RM 450.—. Hochm. **Doppelschlafzimmer** Eiche m. Nußb., rund gebaut, m. geschl. pol. Mitteltür, Schlaraffiaaufl. m. Roßhaar, kompl. RM 550.—. Chaisel., 2 Klubs., alles neu. Ferner sucht Dame, perfekt im Haush. u. Geschäft, pass. Wirkungskreis i. frauenlosem Haush. Eiloff. u. K. 39 an die Geschäftsstelle dsr. Ztg.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 252 2. Blatt Mittwoch, 26. Oktober 1932

Die letzten Sturmtage

„Nun, hatten wir nicht recht", werden die Astrologen gesagt haben, als die angekündigten kritischen Tage sich so prompt einstellten, und wie einstellten: Tagelang peitschte der Sturm über Stadt und Land dahin, bog im Garten Bäume und Sträucher fast zur Erde nieder, rauschte und klapperte um Haus und Hof, wirbelte bunte Blätter hoch und fiel in ungebrochener Kraft in die Waldgebiete ein. Wie liegt die Landschaft trüb und verschleiert unter dem ewig grau umwölkten Himmel, der Regen und immer wieder Regen herniederschickt, so daß die Bächlein überlaufen und in den Wegen das Wasser in Lachen steht. Ein traurig Lied weint sich durch Wald und Au!

Seit Wochen klingt es schon an, erst zaghaft, dann stärker. Wo waren die Lichtseiten der Herbstesteit? Wo konnten wir uns erfreuen an den letzten Blumen, wo uns erwärmen an herbstlicher Sonne? Wo uns ermuntern an den Stimmen froher Wanderer, wo sahen wir die silberschimmernden Spinnfäden? Wo erlebten wir voll Liebe und Leid das sanfte Verfärben des Laubes? Nichts konnten wir wie sonst genießen, denn ans Zimmer gebannt, ging das Naturleben völlig für uns verloren. Ueberall nur Schattenseiten des Herbstes!

Und wir lieben den Herbst! Der Jugend mag der Fesseln sprengende, singende, klingende Frühling Freund sein, — der gereifte Mensch kann den ernsten Herbst mit seiner wehmütigen Abschiedsstimmung besser verstehen. Ihn nimmt er in seinen Bann mit seinem feuchten Grau des jagenden Gewölks, mit seinem Sturmlied. Ja, Charakter hat der Herbst, die länger werdenden Abende haben ja auch ihren Reiz. Man kommt aus dem feuchten, höchst unangenehmen Wandern im Regensturm heim, sehnt sich nach dem gemütlichen Zimmer, wo uns der helle, sanfte Schimmer der Lampe begrüßt, wo uns freundlich die wohltuende Wärme unseres Feuers umschmeichelt. Oder uns nimmt ein lichtumfluteter Raum auf, wo allerlei Genüsse unserer harren, liebe Freunde uns zur Seite sitzen, die mit uns die Freuden schöner Geselligkeit in sich aufnehmen in einem Kreise, wo sich der Glanz geistiger Bedeutung mit sorgloser Jugend zusammenfindet, die höhere Staffel der Gesellschaft kennzeichnend. Ja, dieses alles bietet der Sommer nicht in dieser Form; der Herbst und der Winter haben dieses schöne Vorrecht.

Trotzdem hoffen wir immer noch, daß uns noch ein paar letzte, kühlschöne Wochen beschert werden, wo wir noch einmal hinauf steigen dürfen zu den geliebten Wäldern der Heimat, um ganz langsam — und darum nicht so herben, schmerzlichen Abschied von all dem Traulichen, Lieblichen zu nehmen, das unser Dasein beglückte zur schönen Jahreszeit!

Unser Krankenhaus im Umbau

Schon seit langen Jahren genügte unser Krankenhaus „Budde-Stiftung", das in den Jahren 1883/84 erbaut wurde, in keiner Weise mehr den Ansprüchen der neuzeitlichen Krankenpflege. Da war so manches veraltet, so vieles zu eng, so allerlei Einrichtungen unbequem und zwecklos geworden, daß man schon seit Jahrzehnten die Frage des Umbaues ventilierte, aber immer wieder hinausschob bis in bessere Zeiten. Aber zuletzt ging es mit dem besten Willen nicht mehr, da die Verhältnisse im Hause unbedingt eine Aenderung erforderten, wenn der Betrieb überhaupt aufrecht erhalten werden sollte. Und so begann man dann im Laufe des Sommers mit kühnem Optimismus die Arbeit zum Um- und Neubau unseres Krankenhauses, die überaus schnell fortschreitet und heute bereits erkennen läßt, daß man mit dieser wirklich etwas Ganzes schaffen wird. Wir verraten wohl nicht zu viel, wenn wir sagen, daß nach der Fertigstellung der Arbeiten, die noch vor Weihnachten erreicht werden soll, unser altes Krankenhaus überhaupt nicht mehr wieder zu erkennen ist. Es ist dann eine moderne Anstalt geworden, die allen zeitgemäßen Ansprüchen genügt, sei es in der ärztlichen Betreuung und Wartung oder in der Unterbringung und Verpflegung der Kranken und Genesenden.

Aber nun wollen Sie gewiß gerne wissen, wie das ermöglicht wurde. Natürlich ist heute dort unten am Ziegelfeld alles noch in intensiver Arbeit und Umstellung begriffen, aber ein Gang durch das Gebäude läßt bereits ein klares Bild entstehen, wie es demnächst sein wird. Bekanntlich gliederte sich das Projekt in zwei Teile, und zwar erstens in der Errichtung eines neuen Anbaues und zweitens in den Umbau des alten Gebäudes. Diese Arbeiten wurden gleichzeitig in Angriff genommen und die Bauten so verbunden, daß sie sich demnächst als ein einheitliches Ganzes präsentieren werden. Die Bauleitung lag in den Händen des Herrn Architekten Bolten aus Köln, dem unsere Stadt bereits eine Anzahl schöner und zweckmäßiger Bauten verdankt. Wir erinnern nur an die neue Berufs- und Handelsschule, an das Gemeindehaus, an das Rathaus usw. Auch das Krankenhaus wird, wie wir jetzt schon beurteilen können, demnächst zu einer Zierde unseres Städtchens werden.

Wenn wir nun im Kellergeschoß beginnen, so fällt uns vor allem die wesentlich vergrößerte Küche auf, der sich jetzt Anrichteraum, Spülraum usw. anschließen. Von besonderem Vorteil ist hier der Einbau eines elektrischen Speiseaufzuges, der durch alle Stockwerke des Hauses geht, und in jedem von ihnen in einer besonderen Teeküche endet, die für sich abgeschlossen ist und deren jede einen kleinen Gasherd zum Anwärmen oder Anrichten der Speisen und Getränke erhält. Dieser vollständige Umbau im Kellergeschoß, der die so notwendige Erweiterung der Küche mitsichbringt, wird dadurch ermöglicht, daß der alte Heizungskeller fortgefallen ist. Die ganz neue moderne Heizungsanlage, bestehend in einer Dampfheizung und in einer Warmwasserversorgung, ist im neuen Anbau untergebracht und wird von hier aus das ganze Gebäude mit Wärme und warmem Wasser versorgt. Die alte Heizungsanlage wurde vollständig entfernt und auch im alten Gebäude neue Heizkörper gelegt, sowie sämtliche elektrische Leitungen in die Wände versenkt. Was weiter recht vorteilhaft ins Auge sticht, das ist im Kellergeschoß auch der Wegfall der alten Waschküche, die schon immer ein Sorgenkind des Hauses war. Auch diese ist in moderner Weise und Einrichtung mit Bügelstube usw. im Kellergeschoß des Neubaues neu erstanden.

Kommen wir nun ins Erdgeschoß, so wirkt vor allem erfreulich die Erweiterung des Flures. Ueberhaupt ist es ein Grundprinzip des Um- und Neubaues, für Licht und Luft zu sorgen, und das ist in bester Weise möglich gewesen. Der so sehr beengende alte Speiseaufzug ist in Fortfall gekommen; im übrigen bleiben hier die Räume, mit einigen unwesentlichen Veränderungen, so, wie sie bisher waren. Der Hauseingang ist durch einen Windschutz verkleidet worden. Durch den jetzt breiten und lichten Flur gelangt man in den neuen Anbau und zwar in den großen Aufenthaltsraum der Frauen. Licht und Sonne durchfluten ihn, denn große Glasfenster an beiden Seiten gewähren unbehinderten Eintritt. Weiterhin gelangt man in den Teil des Neubaues, in dem die Badeeinrichtungen, Licht-, elektrische usw. Bäder mit Ruhe- und Warteräumen untergebracht werden sollen. Hier befinden sich auch die Klosettanlagen für Frauen mit Waschgelegenheit. Dieser Teil des Neubaues wird gleichzeitig die neueingerichtete Isolierstation beherbergen. Sie wird zwei Zimmer mit vier Betten und die nötigen Bade- und Toilettenräume enthalten. Die Isolierstation ist vom übrigen Hause vollständig abgetrennt und hat auch nach außen hin ihren besonderen Eingang. Wenn keine ansteckende Krankheiten vorliegen, können diese Räume aber auch für den üblichen Krankendienst benutzt werden.

Auch im ersten Stockwerk haben die Fluranlagen wie im Erdgeschoß eine weit freundlichere Gestaltung erfahren und sind erbreitert worden. Auch die dort liegenden Krankenzimmer haben eine Aenderung durchgemacht, sie haben nun keine Verbindung mehr unter sich, sondern sind jetzt alle einzig und allein durch den Flur zu betreten. So reiht sich jetzt Tür an Tür, wie in allen ähnlichen Anstalten. Ueber den Flur gelangen wir auch hier wieder in den Anbau, und zwar liegt hier über dem Aufenthaltsraum der Frauen, der für Männer. Auch dieser ist durch große Fenster auf beiden Seiten gekennzeichnet. Dahinter liegen die Abortanlagen mit Waschgelegenheit für Männer und die Badezimmer. Ein besonderer Teil ist für Wohnzimmer für die Schwestern des Hauses vorgesehen, ebenfalls mit Bad- und Klosettanlagen. Dadurch, daß man die Schwestern hier unterbringen will, werden im alten Hause eine Reihe von Einzelzimmern frei, die nun als Krankenzimmer Verwendung finden können. Das Operationszimmer sowie das Verbandszimmer verbleiben in den Räumen wie bisher, nur wird letzteres durch die Unterbringung der Lichtbäder usw. im Neubau eine willkommene Erweiterung erfahren.

Wie im ersten Stock, so hat auch das zweite Stockwerk eine Neugestaltung durchgemacht. Ein freundlicher breiter Flur mit den vielen Türen zu den Krankenzimmern, die ebenfalls wesentliche Verbesserungen aufweisen, fesseln den Blick. Von hier aus wird man demnächst auf das flache Dach des neuen Anbaues gelangen können, das mit Plätten belegt, sich im Sommer für Liegekuren bestens eignet. Auch sonst wird der hier geschaffene „Dachgarten" einen schönen Aufenthalt bieten, hat man doch von hier einen herrlichen Fernblick weit hinaus ins schöne Bergische Land.

Durch die umfassenden Umbauten ist das Dachgeschoß jetzt für die Unterbringung des Personals des Krankenhauses frei geworden. Auch hat man hier Räume zur Aufbewahrung von Vorräten, Wäsche usw. geschaffen.

Das ist das innere Bild des Krankenhauses nach dem Neu- und Umbau, aber auch nach außen hin wirkt es jetzt durch den einfach-schlichten neuen Anbau als moderne Krankenanstalt. Die alten Verzierungen des Daches haben weichen müssen, um auch in der Fassade so weit als möglich ein einheitliches Bild zu bekommen, und die Eingangstreppe wird nun von einer Ueberdachung beschattet. Wenn nun demnächst auch einmal die Gartenanlagen vor dem Hause in Ordnung gebracht worden sind, dann dürfen wir Burscheider wohl wieder einmal, wie einst vor 50 Jahren unsere Väter und Großväter, stolz dem Fremden unser Krankenhaus zeigen, um das uns dann wohl manche größere Stadt beneiden wird.

Die Schwarzarbeit nimmt zu

Bekämpfung unberechtigten Unterstützungsbezuges

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wird das Bestreben der Arbeitslosen verständlicherweise immer häufiger, durch irgend eine Gelegenheitsarbeit das geringe Einkommen aus der Arbeitslosenunterstützung aufzubessern. Entgegen einer vielfach verbreiteten Meinung ist es dem Unterstützungsempfänger durchaus nicht untersagt, Gelegenheitsarbeiten zu verrichten. Er ist lediglich gesetzlich verpflichtet, jede übernommene Arbeit, ganz gleich, ob und welche Entlohnung sie ihm bringt, dem zuständigen Arbeitsamt sofort mitzuteilen. Es ist bekannt, daß häufig die Uebernahme solcher Gelenheitsarbeit verschwiegen wird. Andererseits hat aber auch bedauerlicherweise die Bereitschaft, vor allem kleinerer Betriebe, Unterstützungsempfänger als Schwarzarbeiter zu beschäftigen, zugenommen, wobei untertarifliche Löhne gezahlt und vielfach die Sozialversicherungsbeiträge nicht entrichtet werden. Diese Erscheinung mag aus der Notlage jener Betriebe erklärlich sein, auf die Dauer muß aber ein derartiges gesetzwidriges Gebaren den ordentlichen Arbeitsmarkt durch Entziehung von Arbeitsgelegenheit noch mehr schwächen und dadurch Ursache neuer Arbeitslosigkeit werden.

Nichtangabe von Gelegenheitsarbeit, gleichgültig, ob es sich um selbständige oder um unselbständige Arbeit, um eine Arbeit des Unterstützungsempfängers selbst oder seiner durch Zuschläge unterstützten Familienangehörigen handelt, wird durch die Arbeitsämter mit Ordnungsstrafe bis 100 RM bestraft. Außerdem hat der Unterstützungsempfänger wegen betrügerischer Ausnützung einer öffentlichen Unterstützungseinrichtung ein Strafverfahren zu gewärtigen. So wurde erst kürzlich gegen einen Schlosser wegen fortgesetzten Betrugs durch verschwiegene ständige Schwarzarbeit vom Einzelrichter die hohe Strafe von 10 Monaten Gefängnis verhängt.

Aber auch der Arbeitgeber, der einen Unterstützungsempfänger beschäftigt, macht sich unter Umständen der Beihilfe zum Betrug schuldig. Unlängst führte das Oberlandesgericht in H. anläßlich eines Strafverfahrens, das mit der Verurteilung des Unterstützungsempfängers und des Arbeitgebers endete, aus, daß der Arbeitgeber Beihilfe zum Betrug geleistet habe, indem er, um die Arbeit möglichst billig ausführen zu lassen und nicht bekanntzugeben, daß der Unterstützte Arbeit habe, die Anmeldung bei der Krankenkasse unterlassen habe.

Aber nicht allein die zu erwartenden hohen Strafen sollten vor der Uebernahme und Bereitstellung von Schwarzarbeit abschrecken, auch das Verantwortungsbewußtsein vor der Allgemeinheit, die durch Steuern und Versicherungsbeiträge die Unterstützungsmittel aufzubringen hat, sollte eine betrügerische Ausnützung einer öffentlichen Einrichtung unterbinden. Das beste Mittel aber, den Arbeitsämtern die schwierige Kontrolle der Voraussetzungen des Unterstützungsbezuges zu erleichtern, ist, alle offenen Stellen den Arbeitsämtern zur Vermittlung zu melden, wodurch mißbräuchliche Ausnützung der Unterstützung verhindert und damit eine ordnungsgemäße Verwendung des Unterstützungsaufkommens sichergestellt wird, an der alle Steuer- und Beitragszahler erhebliches Interesse haben.

Aus der Heimat

Ländliche Fortbildungsschule

Der Unterricht in der Landwirtschaftlichen Berufsschule (Ländliche Fortbildungsschule) beginnt am Mittwoch, den 2. November, vormittags 8 Uhr, in der Berufs- und Handelsschule hierselbst.

Zur Teilnahme an diesem Unterricht sind alle Jugendlichen verpflichtet, die ihrer Berufsschulpflicht noch nicht durch den Besuch der Gewerblichen oder Kaufmännischen Berufsschule erfüllen. Die Arbeitgeber bezw. Eltern sind nach § 6 des Ortsstatuts vom 23. Juni 1922 für die Anmeldung der Schulpflichtigen verantwortlich.

Kaffeetrinken in Hilgen

Am kommenden Sonntag, den 30. Oktober, findet im Restaurant Prante in Hilgen Kaffeetrinken mit anschließendem Ball statt.

Wir verweisen schon heute auf die diesbezügliche Anzeige in der Samstagausgebe.

Benjamino Gigli nochmals in Köln

Der italienische Tenor Benjamino Gigli ist nach seinem einzigartigen Erfolg im Kölner Opernhaus von der Westdeutschen Konzertdirektion für einen Arienabend am Sonntag, den 13. November, 19½ Uhr, in der Messehalle verpflichtet worden.

Im übrigen hat das Gastspiel des italienischen Tenors im Opernhaus außer dem künstlerischen Erfolg auch ein recht erfreuliches finanzielles Ergebnis gehabt. Trotz des sehr hohen Honorars, das der italienische Gast beanspruchte, ist dem Opernhaus eine eigene Einnahme verblieben, die die Durchschnittseinnahme eines Opernabends erheblich übersteigt.

Tagung des Rheinischen Provinzialkirchenrats

Der Provinzialkirchenrat der Rheinprovinz hat in seiner soeben beendeten Tagung eine Reihe für das Leben der evangelischen Kirchengemeinden wichtiger Arbeiten erledigen können. Neben den laufenden Berichten, die über die allgemeine, kirchliche Lage erstattet wurden, standen die Beschlüsse der diesjährigen Provinzialsynode zur Besprechung, soweit sie von dem Provinzialkirchenrat zu bearbeiten sind. Die neue Verwaltungsordnung für das Vermögen der evangelischen Kirchengemeinden der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz wurde verabschiedet, so daß sie nunmehr dem Kirchensenat zur Genehmigung vorgelegt werden kann. Es ist damit zu rechnen, daß die neue Verwaltungsordnung am 1. Januar 1933 in Kraft tritt, und so die Kirchengemeinden in der Lage sind, mit dem Beginn des neuen Rechnungsjahres 1933 die Verwaltungsordnung zu gebrauchen. Für die Oberrheinische Ländliche Volkshochschule der evangelischen Kirche wurde das freigewordene Gebäude des Landratsamtes in Meisenheim erworben, wodurch die planmäßig entwickelte Volksbildungsarbeit der oberrheinischen Gemeinden ein lange gefordertes Heim erhält. Dem neu gewählten Präses D. Dr. Schäfer, Remscheid, wurde zu seiner Entlastung Pfarrer Tiesler als Provinzialpfarrer zugeteilt.

Bekämpfung der Kraftfahrzeugdiebstähle

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind durch einen Runderlaß des Preußischen Innenministers an alle Polizeibehörden vom 21. Oktober 1932 neue Anweisungen zur Bekämpfung von Kraftfahrzeugdiebstählen ergangen. Es müsse, heißt es darin u. a., vor allem erstrebt werden, daß gestohlene und dann umgearbeitete Kraftfahrzeuge nicht neu zugelassen und damit für die Diebe und Hehler neu verwertbar werden. Die Zulassungsstellen werden daher ersucht, eingehend zu prüfen, ob irgendwelche Anzeichen vorliegen, daß ein Kraftfahrzeug umgearbeitet, insbesondere, daß Motoren und Fahrgestellnummern verfälscht worden sind. Die Zulassungsstellen sollen sich durch Fühlungnahme mit den Kraftfahrzeugfabriken bezw. den zuständigen Verbänden die notwendigen Beurteilungsgrundlagen verschaffen. Die Polizeibehörden sollen weiterhin die Kraft-

fahrzeugbesitzer immer wieder auf die Pflicht des Selbstschutzes hinweisen und zweckentsprechend beraten.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Rheinprovinz

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung hat auch für die Rheinprovinz eine Reihe zusätzlicher Arbeiten gebracht. Bisher wurden anerkannt 20 Maßnahmen mit einem Gesamtkostenaufwand von rd. 11 Millionen Mark. 14 Arbeiten entfallen auf den Ausbau der Landstraßen, weitere 5 gehören in das Programm des Wasserstraßen-Ausbaues, während aus dem Meliorationsprogramm zunächst nur eine Maßnahme gefördert wird. Insgesamt sind 329 000 Tagewerke für diese Arbeiten veranschlagt. Die Förderung dieser Arbeiten weicht größtenteils ab von der sonst üblichen, indem eine Abrechnung nach Tagewerken fallengelassen und die Förderung anteilig am Kostenaufwand gewährt wird. Der als Grundförderung gewährte verlorene Zuschuß beträgt allgemein 10—15 v. H. der Kosten, aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind hierfür insgesamt über $1^1/_2$ Mill. Mark bewilligt. Auch die Darlehen der verstärkten Förderung werden anteilmäßig zugesichert und zwar sind an Darlehen für obige Maßnahmen bisher festgelegt aus Mitteln der Deutschen Boden Kultur AG. $1^1/_2$ Mill. und aus Mitteln der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten über $6^1/_2$ Mill. Mark. Die an diesen Arbeiten beteiligten Träger haben also rd. $1^1/_2$ Mill. Mark zur endgültigen Durchführung der Arbeiten selbst aufzubringen.

Neben diesen Arbeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms laufen noch die sonst üblichen normalen Notstandsarbeiten; es sind überwiegend kleinere Arbeiten, meist nur mit ersparter Unterstützung als Grundförderung bewilligt. Ende September waren insgesamt in der Rheinprovinz 4159 Notstandsarbeiter beschäftigt und zwar 916 aus der versicherungsmäßigen Unterstützung, 3243 aus der Krisenunterstützung und 1122 Wohlfahrtserwerbslose.

Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1932

Nach „Wirtschaft und Statistik" wurden im ersten Halbjahr des Jahres 1932 insgesamt 27 026 (65 940) Wohnungen vollendet, 21 065 (41 569) Wohnungen begonnen und für 25 837 (49 359)) Wohnungen die Bauerlaubnis erteilt. Bemerkenswert für die Bautätigkeit der neuesten Zeit ist der steigende Anteil der privaten Bauherren, der im 1. Halbjahr 1932 49 v. H. des Wohnungszuganges, in der gleichen Zeit des Vorjahres nur 37 v. H. umfaßte. Diese Verschiebung ist nicht in einem Ansteigen der privaten Bautätigkeit, sondern ausschließlich in der außerordentlich starken Verminderung der von seiten der Oeffentlichen Hand für den Wohnungsbau verfügbaren Mittel begründet; z. B. wurden mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln errichtet: im Juni 1931 11 521 Wohnungen (= 90 v. H. der Bautätigkeit), im Juni 1932 hingegen nur noch 1897 (= 48 v. H. der Bautätigkeit).

Der Anteil der Kleinwohnungen, der in den letzten Jahren ständig zugenommen hatte (von 31,2 v. H. im Jahre 1927 auf 53,6 v. H. im Jahre 1931) ist 1932 nicht weiter angestiegen; er beträgt für Januar bis Juni im Mittel 53,5 v. H. Dagegen ist der Anteil der Kleinwohngebäude stark im Steigen begriffen; allein die Einfamilienhäuser sind von 22 v. H. aller erstellten Wohngebäude im 1. Halbjahr 1931 auf 45 v. H. im 1. Halbjahr 1932 angewachsen.

An Nichtwohngebäuden wurden von Januar bis Juni 1932 insgesamt 1900 mit 3,3 Millionen Kubikmeter (1931: 2600 mit 5,7 Millionen Kubikmeter) neu errichtet. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahre war bei den Baubeginnen und Bauerlaubnissen noch beträchtlicher.

Die Binnenwanderung

Die deutsche Stadtflucht geht weiter. Nur 16 deutsche Großstädte wuchsen im Jahre 1930 noch durch Zuzug, während für die Gesamtheit der 50 deutschen Großstädte schon die Zahl der Weggezogenen die der Zuziehenden um 60 000 übertraf. 1931 haben die Verluste noch bedeutend zugenommen und stiegen auf 102 000. Auch die Mittelstädte (50 000 bis 100 000 Einwohner) wurden im letzten Jahre von der Bewegung ergriffen. Nicht weniger als 25 von 47 schlossen das Jahr mit Wanderungsverlusten ab. Man wird bei der Bewertung der zum Teil recht beträchtlichen Zahlen (Berlin 33 000, Hamburg fast 11 000, Duisburg-Hamborn 6000 usw.) allerdings berücksichtigen müssen, daß das allgemeine Streben nach Auflockerung der Wohngebiete bei wohl allen großen Städten dazu führt, daß Wohngebiete jenseits der Weichbildgrenze entstehen, deren Einwohner in der Stadt tätig bleiben, aber nach ihrem Wohnsitz nicht Bürger der Stadt sind. Man wird aber auch diese Abwanderung unbedenklich als Stadtflucht und Rückkehr zu einer mit der Scholle verbundenen Lebensweise in Rechnung stellen.

Dä Schwengdag*

Die schönste Zick em ganzen Johr,
Dat es der Hervst, es dat nit wohr?
Dann sind die Schwengdag, zackerment,
Wat krigt mer do em Traktement!
Gued Brüdcher on en Kömpchen Brei,
Mer hät Pläsier su villerlei!
On wann dat Essen es geschieht,
Dann wirht gesongen irsch en Lied,
Wä dann et hähzte sengen kann,
Versteht sech, es dä beste Mann!
Es no dat schöne Ledchen us,
Dann schleeft mer Stöhl on Bänk erus;
Gesprongen wührt dann affgeschmackt,
On wä nit dangst, dä trett den Takt.
Eener flöht, der Anger klätscht aff,
Halt Jong, du bes jo möd on schlaff!
Wieht, komm, mer wellen och ens dran,
Verloß dech dropp, ech säch de Bahn!
Juchhei! Pläster es üvverall,
Will köstlicher als op nem Ball.
On geht mer endlich dann no Hus,
Sökt Jeder sech en Frei'sche us,
Dann güt et freilich wall gett Strick,
Sie wellen all an dat Marik-
Katring, — et es och wirklich schön
On hührt och gähn räht spaß'ge Tön.
Hätt äver sech dä Strick geläht,
Säht paarwies Jong on Wieht: Genäht!
De Schwengstock opp dä Röck geschnallt,
Wiehrt van Bestaden dann gekallt,
Bes an den Wiehteren ähr Hus.
Dann bett mer sech en Bützchen us,
On säht sech noch räht fruh: Genäht! —
Am Schwengdag geht es nimmer schläht!

* Obiges Gedichtchen, das aus alten Zeiten stammt, wurde uns von einem Freund unserer Zeitung zur Verfügung gestellt. Es behandelt einen sog. Schwingabend, an dem in früheren Jahren die nachbarliche Jugend zusammenkam, um den geernteten Flachs zu brechen. Bei und nach der Arbeit ging es immer fidel zu.

Der Not der Wintermonate zu steuern

Winterhilfe für die Bedürftigen der Gemeinde Odenthal

Vom gemeindlichen Wohlfahrtsausschuß Odenthal wird uns geschrieben:

Der kommende Winter weckt in vermehrtem Maße auch hier die Sorge um die vielen Familien, die alt und gebrechlich, die vor allem infolge Arbeitslosigkeit zum größten Teil schon seit Jahren auf die öffentliche Hilfe angewiesen sind. Kreis und Gemeinde können bei der großen Knappheit an Mitteln, deren Aufbringung von Woche zu Woche schwieriger wird, außer den geringen laufenden Unterstützungen nichts tun. Die Versorgung mit Kartoffeln, Brand, Wäsche, Schuhzeug und warmer Winterkleidung zwingt also zu Maßnahmen außerordentlicher Art. Derjenige, der noch über ein Einkommen verfügt, muß dem anderen, der nichts als die Unterstützung hat, beistehen. Mit anderen Worten: Die freie Liebestätigkeit muß wie in früheren Jahren auch im jetzigen Notwinter in vollem Umfange einsetzen.

Diese Leitgedanken waren Gegenstand ernster Beratungen innerhalb der gemeindlichen Wohlfahrtskommission und einer größeren Versammlung der hiesigen Geistlichkeit und Lehrerschaft sowie der Abordnungen des Gemeinderats, die in den letzten Tagen im Gemeindehause stattfanden. Man war sich klar darüber, daß nur der Weg der Selbsthilfe übrig bleibt. Die Zahl der Bürger, die noch Arbeit und Verdienst haben, ist zwar nicht groß. Immerhin spricht zu Gunsten der gemeinsamen Hilfsaktion der verhältnismäßig günstige Ernteausfall besonders an Kartoffeln, obwohl die Landwirtschaft im allgemeinen einen schweren Kampf um ihre eigene Existenz kämpft. Aber wenn mit ihr auch alle anderen Berufsstände heute unter der Wirtschaftskrise mit ihren hohen Lasten steuerlicher Art leiden, so heißt es doch: Zusammenstehen und in treuer Gemeinschaftsarbeit versuchen, die schwere Zeit zu überwinden. In vorbildlicher Weise haben die wenigen bessergestellten Kreise der Großbesitzer unserer Gemeinde schon in den früheren Jahren wesentliche Opfer für die Winterhilfe gebracht. An sie ergeht auch jetzt wieder die dringende Bitte, zu helfen, wenn nächstens der Ruf an sie ergeht. Darüber hinaus werden sich die Geistlichkeit, die Lehrerschaft und die Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses der Mühe einer Sammeltätigkeit von Haus zu Haus unterziehen. Wo Geldmittel nicht zur Verfügung stehen, möge man vor allem Kartoffeln oder Bedarfsgegenstände zeichnen. Auch ratenweise Geldgaben sind willkommen. Die Not ist groß. Hoffen wir deshalb auf ein gutes Gelingen des edlen Hilfswerkes. Die Sammler, die übrigens ortsbekannt sind, werden mit amtlich beglaubigten Vollmachten bezw. Listen versehen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Von der Nothilfe

Berg. Neukirchen, 26. Okt. Bürgermeister Voos hat den Vorsitz im Nothilfeausschuß niedergelegt und mit den laufenden Geschäften bis zur Neuwahl eines Vorsitzenden Herrn Stadtinspektor Zarthe beauftragt. Die Niederlegung des Vorsitzes erfolgte deshalb, weil die Nothilfeaktion sowohl von der Geber- als auch von der Nehmerseite her immer mehr als amtliche Gemeindeeinrichtung angesehen wird, während sie in Wirklichkeit lediglich ein Zusammenschluß der privaten Liebestätigkeit sein soll. Der Ausschuß soll schon in den nächsten Tagen erneut eingeladen werden, um sich einen von der Gemeinde unabhängigen Vorsitzenden zu wählen.

Es war nicht so schlimm

Leverkusen-Schlebusch, 26. Okt. Der Kraftwagenführer Klein von den Elberfelder Textilwerken in Schlebusch ist glücklicherweise nicht an den Folgen des gemeldeten Autounfalls in Elberfeld gestorben. Er erlitt Verletzungen, von denen man ihn in absehbarer Zeit wiederhergestellt hofft.

Fein ausgeklügelt

Langenfeld, 26. Okt. Am Montagabend drangen Diebe in die Scheune des Landwirts Sp. zu Wolfhagen ein und entwendeten 5 Sack Weizen. Die Täter führten Fahrräder mit. Auf der Wolfhagener Straße wurden die Säcke auf einen Heuwagen verladen, die Fahrspur konnte bis ins Dorf Richrath verfolgt werden. Die Tat geschah, während sich die Familienglieder des Bestohlenen nach einer Wählerversammlung begeben hatten.

RWE weigert sich, Zuschlag zum Lichtstrompreis zu erheben

Langenfeld, 26. Okt. Da der Gemeinderat die Erhebung des 15prozentigen Zuschlages zum Lichtstrompreis ablehnte, hat die Verwaltung diesen Zuschlag zwangsweise eingeführt. Bei der Durchführung haben sich jedoch Schwierigkeiten ergeben, da das RWE die Einziehung dieses Zuschlages mit der Begründung abgelehnt hat, daß eine Verpflichtung zur Erhebung des Finanzzuschlages für das RWE nicht bestehe, daß darüber hinaus aber auch die Verteuerung des Stromes um den hohen Satz von 15 Prozent in der heutigen Zeit untragbar sei. Das RWE hat weiter die Einwendung gemacht, daß die Gemeinde die Gas- und Wassertarife erst kürzlich gesenkt habe. Der Haus- und Grundbesitzerverein hatte bei der Durchführung des Zuschlages die Absicht, durch eine gerichtliche Feststellung feststellen zu lassen, ob derartige Eingriffe in Privatverträge, wie sie der Strombelieferungsvertrag mit dem RWE darstellt, staatlicherseits vorgenommen werden können.

Bürgersteuer für 1933 genehmigt

Monheim, 26. Okt. Die von den Gemeindevertretungen Monheim und Baumberg beschlossene

Burscheider Sprichwörter und Kalleröden

zusammengestellt von Ernst Schlüter

Du bes noch nit am Schmetz Backes vürbei.

Kumm nit noch ens üvver uhsen Dürpel.

Mädcher, die flöten, on Höhner, die krähen, moß mer bei Zicken den Hals heröm drähen.

Wä morgens zu fröh sengt, dän kritt am Ovend die Katz.

Do steht der Oßen am Berg.

Do stehs de widder do, wie en Oßen vür der Schürendühr.

Döckes kütt hä mir ze döckes on döckes kütt hä gar nit.

Hä setzt drennen, wie en Mus em Melldöppen.

Hä krüft en et Musloch.

Et es gehöppt wie gesprongen.

Dä hätt rud Pannen om Dach.

Kleen Kesseln hant gruße Uhren.

Rohd mer god, ävver rohd mir nit devann.

Die läuft wie en Scheermus.

Die Oogen sind dir grüßer als der Bug.

Dä es och nit op den Kop gefallen.

Dä hätt enen Kopp wie en Sei.

Dä hätt et fußtdeck henger den Uhren setzen.

Dä nömmt den Monk ze voll.

Dä bubbelt alles kurt on kleen.

Dä lüggt, dat mer dran ruchen kann.

Hä hätt ze vill Bubbelswasser gedronken.

Kloke Kenger wären nit alt.

Dä Minsch kann vill licken, ih hä van Alderdum stirvt.

Leev Kenger hannt vill Namen.

Dä hätt noch vill Kalvfleesch am Liev.

Häßte dann kenn Schämde em Liev?

Dann häld ding Fott Kirmes.

Dann sind de Poppen am Dangsen.

Watt säht dä Essel, wann hä en die Müll kütt?

Jong Mädchen on fresche Kirschen kammer nit lang verwahren.

Wie em gonnt die Backen, su gonnt em och die Hacken.

Wer die Dochter hann well, der muß de Mohder freien.

Freien on Heudrugen geschücht döckes ömsöß.

Dä hätt gett en de Milch ze brocken.

Dä es su schlau wie en Minsch.

Wä et lang hätt, dä löht et lang hangen.

Dä kallt vill, wann der Dag lang es.

Wä lang huhßt, dä würd ald.

Däm geht de Mul wie en Entenfott.

Lang Hoor, kuhten Verstank.

Et es keen Pöttchen su scheev, et paßt och en Deckelchen drop.

En ahl Hippe freßt och noch gään en grön Blättchen.

Mann on Wiev es een Liev, ävver nit een Freßsack.

Frauen, Pähd on Uhren darf mer nit fotlliehnen.

Wann ahl Schüren brennen, dann batt dat Löschen nit.

Essen on drenken hällt Liev on Siel zesammen.

Watt mer spart für et Möngchen, dat kritt hengernoh et Höngchen.

Hä füht et Graß wahßen on die Flüh hoosten.

Et es nit alle Dag Kirmes.

Hä rücht no der Schöppe.

Wäm nitt ze rohden es, däm es och nitt ze helpen.

Gän den Dud es keen Kruck gewahßen.

Oemesöß es der Dud on der koßt noch dat Lävven.

Hä litt om Schohf.

Jong Lück kümen sterven, ahl Lück müssen sterven.

Dä kallt dem Düvel de Been av.

Dä es behenger, wie der Düvel henger der arm Siel.

Mer darf den Düvel nit an de Wangk mohlen.

Wammer vam Düvel kallt, dann es hä bahl do.

Wenn die Sonn en den Rähn schingt, dann es et en der Hölle Kirmes.

De Oogen op oder den Büggel.

Uß angerlücks Ledder es gud Rihmen schniggen.

Wat die Mähd em Kehrdreck fengt, dat deelt sie met dem Knähd.

Wä den Buhr beschummeln well, dä muß fröh opstonn.

En god Ferken freßt Alles.

Wer gütt wat hä hätt, es wert dat hä lähft.

Dreimohl ustrekken es su god als eenmohl afbrennen.

Wä god schmährd, dä god fährtd.

En klocke Hemn lähd och als esns en Ei nevver et Nest.

Uß Kenger werden Lück.

Drenk en Köppchen Flierentieh, dann deht dir och der Kopp nit wieh.

Kalffleesch es Halffleesch.

Dämm hält et ävver pädsgenau.

Burscheder-Wenk, Schliebescher-Verstank, Essels-Bechen, Hexen-Onder (Odenthal), Lus-Cürten, Wann-Wipperfeld, Mücher-Heufresser, Dabekuser-Peied.

Es der Mai naß on köhl,
Wießt et wie en Donnerkiel,
Es hä ävver warm on drammig,
Wießd et wie en Gottverdammig.
Pitter loß den Moht nit senken,
Lossemer noch en Dröpchen drenken.
Wat sall dat Jula kieken!
Hä hätt sech durch den Dau gedonn.
Hä es Mathäus am Letzten.
Dat Pähd, dat den Hafer verdeent hätt, kritt en nit.
Och ahl Böcke hannt stiev Höhner.
Wä üvver den Hongk kütt, dä kütt och üvver den Stärz.
Dat es en nette Zoort Müs.
Hä es su frech wie Rattengeft.
Mer kann nit wessen, wie der Haas löhft.
Die hätt en Boschtkasten wie en Pöttcheskochen.
Ech benn dat fönfde Rad am Wagen.
Wat de Buhr nit kennt, dat freßt hä nit.
Lang on schmall dat sind se wall, kut on deck es ken Gescheck.
Die des Ovends flöten on sengen, können des Morgens de Botz nit fengen.
Wat dem Eenen sing Uehl es, dat es dem Angeren sing Nachtigall.
Däm sing Frau hätt de Botze an.
Hä hätt get lükken hüren on weeß nit wo die Klocken hangen.
Dä es su domm wie Bunnestrüh.
Mann schaff, Frau freß.
Wä en Hongk schmießen well, fengt och en Steen.
Dä Een hät en Ditschen, dä Anger en Dattchen.
Besser en Lus em Potte wie gar kenn Fleesch.
En der Nut freßt der Deuvel Flegen.
Kohf ken Katze em Sacke.
Dat Hemd es enem nöher als der Rock.

Bürgersteuer für 1933 ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Es werden im Jahre 1933 erhoben in Monheim der dreifache und in der Gemeinde Baumberg der sechsfache Landessatz der Bürgersteuer.

Ein originelles Geschenk

Im diesjährigen Wahlkampf um die Präsidentschaft in USA wird wahrscheinlich der jetzige Präsident Hoover sein Amt verlieren, um es seinem Gegenkandidaten Franklin D. Roosevelt zu überlassen. Von dem also voraussichtlich künftigen USA-Präsidenten Roosevelt erzählt man sich drüben folgende amüsante Geschichte: Roosevelt hatte vor Jahren das Bad „Warm Springs Georgia" gegründet und seitdem fast jährlich seine Ferien in Begleitung seiner Angehörigen in diesem Badeort verbracht. Für diese Treue und das auch sonst bewiesene Interesse Roosevelts für das Bad und sein Wohlergehen wollte sich die Kurverwaltung erkenntlich zeigen. Also schenkte sie Roosevelt — eine Lebensversicherung über ein größeres Kapital!

Diese Idee ist ebenso originell wie praktisch: denn soll z. B. eine Persönlichkeit eine Lebensversicherung über 100 000 Mark geschenkt erhalten, so braucht die schenkende Stelle hierfür jährlich nur eine Prämie von etwa 2000 oder 3000 Mark einzuzahlen. Man macht also ein außerordentlich wertvolles Geschenk, dessen Kosten jedoch erst im Laufe der Jahre mit jährlich einem kleinen Bruchteil des Geschenkwertes abgezahlt zu werden brauchen!

Aus ähnlichen Gründen ist ja auch als Patengeschenk für Mädchen eine Aussteuer- und für Knaben eine Studien-Versicherung beliebt: ein solches Geschenk hat einen Wert von mehreren tausend Mark und kostet monatlich nur wenige Mark.

Aufgeklärter Überfall und Scheckbetrug

Aufsichtsratsvorsitzender als Organisator einer Räuberbande

Wie wir gestern bereits berichten konnten, ist der Ohligser Kriminalpolizei ein ganz großer Schlag gelungen. Am Freitag, Samstag und Sonntag haben die Kriminalisten ununterbrochen an der Aufklärung des Raubüberfalls auf die Kasse des Ohligser Bauvereins und des großen Scheckbetrugs bei dem Möbelhändler Caspers in Landwehr gearbeitet.

Wie sich unsere Leser erinnern werden, drangen in den Morgenstunden des 8. Augusts zwei bewaffnete Männer in den Kassenraum des Ohligser Bauvereins in der Blücherstraße, wo sich der Geschäftsführer Stallknecht allein befand. Während einer der Räuber mit der Pistole in der Hand Stallknecht zwang, die Hände zu erheben und sich mit dem Gesicht zur Wand zu stellen, begab sich der andere an den geöffneten Geldschrank, entnahm eine Kassette und entleerte den Inhalt in eine mitgebrachte Aktentasche. Den Tätern fielen 1100 Mark in die Hände. Dann wurde der Kassierer aufgefordert, ruhig stehen zu bleiben, während die beiden Räuber die Telephonleitung durchschnitten. Auf Fahrrädern entkamen die Täter damals unerkannt.

Eine große Anzahl Personen wurde nach dem Ueberfall zur Untersuchung gezogen, bis aber jetzt erst Licht in die dunkle Sache gebracht werden konnte. Die Kriminalpolizei ermittelte als Anstifter des Ueberfalles den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden des Vereins, der jetzt noch Aufsichtsratsmitglied ist, Johann Wannhoff, aus Ohligs. Dieser hat sich mit einem ebenfalls ermittelten Mann in Verbindung gesetzt, der die beiden Räuber „besorgte". Die beiden Verbrecher wurden von Wannhoff mit den örtlichen Verhältnissen beim Ohligser Bauverein vertraut gemacht. Bezeichnend ist, daß Wannhoff in der Oeffentlichkeit immer die Polizei kritisiert und erklärt hat, die Polizei müsse in der Angelegenheit mehr tun. Er hat sich sogar einen Waffenschein besorgt, weil er sich nicht mehr sicher fühlte!

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben weiter, daß die gleichen Leute auch bei dem großen Scheckbetrug an dem Möbelhändler Caspers in Landwehr herragend mitgewirkt haben. Bei Caspers verschwanden Ende September aus seinem neuen Scheckbuch zwei Schecks. Diese wurden am anderen Morgen — ausgestellt über insgesamt 4200 Mark — bei einer Ohligser Bank vorgezeigt und ausgezahlt. Als Diebin kommt ein junges Mädchen von 18 Jahren in Frage, eine Verwandte des bestohlenen Händlers, das zeitweise auf dem Büro beschäftigt war. Sie hat die Scheckformulare den Betrügern ausgehändigt, von denen sie zu diesem Diebstahl angestiftet worden ist. Soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, soll ein Mann aus Ohligs das leichtsinnige junge Mädchen zu diesem Diebstahl veranlaßt haben. Es soll sich dabei um den gleichen Mann handeln, der dem Aufsichtsratsmitglied des Bauvereins auch die beiden Räuber besorgte.

Diese beiden Räuber sind nach den jetzigen Feststellungen mit großer Wahrscheinlichkeit identisch mit denjenigen, die die Summe von 4200 Mark bei einer Ohligser Bank erhoben. Das Geld wurde unter den Beteiligten verteilt. Nur das junge Mädchen, das die beiden Schecks entwendet hatte, ging leer aus. Ihr wurde lediglich eine gute Stelle versprochen. Wie man hört, ist es der Kriminalpolizei gelungen, einen Teil des Geldes wieder herbeizuschaffen. Dem Vernehmen nach soll es sich sogar um eine ziemlich bedeutende Summe handeln, die die Polizei noch vorfand.

Wie man weiter erfährt, sind insgesamt sechs Personen, darunter eine Frau und das 18jährige Mädchen, festgenommen und dem Amtsgericht vorgeführt worden. Das Gericht erließ gegen sämtliche Verhafteten Haftbefehl. Allem Anschein nach werden die beiden aufgeklärten Verbrechen noch weitere Kreise ziehen. Nicht ausgeschlossen ist es, daß noch ein drittes Verbrechen in diesem Zusammenhang aufgeklärt wird.

Aus der näheren Angebung

Wuppertal

Festnahme von Straßenräubern

Der Elberfelder Polizei gelang die Festnahme zweier in Wuppertal-Vohwinkel wohnender Burschen im Alter von 19 und 21 Jahren, die an einem der letzten Abende einen Gewerbetreibenden in der Gruitenerstraße in Vohwinkel überfallen und versucht hatten, ihn zu berauben. Die Täter ergriffen jedoch auf die lauten Hilferufe des Ueberfallenen hin die Flucht.

Düsseldorf

Düsseldorf. Wieder Tränengas in Einheitsgeschäften. Das Polizeipräsidium teilt mit, daß in den Einheitspreisgeschäften Ehape und Woolworth der Betrieb erneut durch Tränengasbomben gestört wurde. Die Räume der Ehape mußten eine halbe Stunde geschlossen werden. Obwohl die polizeilichen Ermittlungen sofort einsetzten, gelang es nicht, der Täter habhaft zu werden.

Hauptversammlung des Kunstvereins für die Rheinlande und Westfalen

In der in Düsseldorf abgehaltenen Hauptversammlung des Kunstvereins für Rheinland und Westfalen gab der Sekretär, Buchdruckereibesitzer Fritz Vagel, den Bericht über das am 31. Oktober zu Ende gehende 103. Geschäftsjahr des Kunstvereins. Aus ihm ging hervor, daß der Kunstverein trotz der Einschränkungen seiner Aufwendungen, zu denen er durch die Krise gezwungen war, durch den Ankauf von Kunstwerken für die Verlosung der Künstlerschaft 20 000 RM zuwenden konnte und daß er an Private Verkäufe in Höhe von 35 000 RM vermittelte. Als Jahresgabe erhalten die Mitglieder des Vereins je nach Wahl den reich illustrierten Prachtband „Die Romantik der Kleinstädte" oder eine Originalradierung von J. P. Junghanns. Bei den Vorstandswahlen wurden an Stelle der verstorbenen Mitglieder Ernst Röchling (Duisburg) und Rechtsanwalt Dr. Vossen (Aachen) Gutsbesitzer Hugo Lups (Düsseldorf) und Fabrikant Th. Schauerte (Neuß) gewählt.

Köln

Zunehmende Defizitwirtschaft in Köln

Von 25 auf 34 Millionen

Nach einer Mitteilung des Presseamtes der Stadt Köln weist der am 27. Juni 1932 von der Stadtverordnetenversammlung genehmigte Haushaltsplan einen Fehlbetrag von 25 088 000 RM. auf. Nach den von den einzelnen Dienststellen nach dem Stande vom 30. September 1932 aufgestellten Uebersichten über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben bis zum Schlusse des Rechnungsjahres wird sich dieser Fehlbetrag um 9 086 438 Mark auf 34 174 438 RM. erhöhen. Der Mehrfehlbetrag verteilt sich im wesentlichen auf die Abschnitte des Haushaltsplanes: Wohlfahrtswesen 3 018 252 RM., selbständige Betriebe und Unternehmungen 3 409 190 RM., Finanzen und Steuern 2 284 109 RM.

Der ungeklärte Mord an Sester

300 RM. Belohnung für Tatsachenbeibringung

Nachdem die Ermordung des 17jährigen Schneiderlehrlings Peter Sester aus Efferen bei Köln, die am 28. April d. J. im Kölner Stadtwald in der Nähe des Stadions erfolgte, noch nicht aufgeklärt ist, hat der Regierungspräsident für die Beibringung von Tatsachen, die zur Ermittlung und gerichtlichen Bestrafung des Täters führen, eine Belohnung von 300 RM. ausgesetzt.

Der Ermordete wor, wie bekannt, am 29. April erschossen aufgefunden worden. Nach den bisherigen Feststellungen ist Sester zusammen mit einem anderen jungen Mann von einem bisher nicht ermittelten Herrn in der Nacht vom 28. zum 29. April zum Stadtwald bestellt worden. Beim Zusammentreffen soll der Unbekannte sofort und ohne Grund auf die beiden jungen Leute geschossen und Sester tödlich getroffen haben. Der Mörder ist dann unerkannt entkommen.

Westdeutsches

Bonn. Vom Pflug zum Hörsaal. Der von der landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn-Poppelsdorf am 20. und 21. Oktober 1932 veranstaltete Ferienlehrgang über landwirtschaftliches Genossenschaftswesen war von 230 Teilnehmern besucht. Die Tagung war im besonderen den zur Zeit vordringlichen Fragen des genossenschaftlichen Bank- und Kreditwesens gewidmet. Die gerade heute besonders aktuellen Themata fanden die volle Aufmerksamkeit der Zuhörer und veranlaßten eine lebhafte Aussprache, die bei allen Teilnehmern eine volle Befriedigung zurückließ. Die Ferienlehrgänge über landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, die zum ersten Male im Jahre 1929 veranstaltet, dann 1930 und 1932 wiederholt worden sind, haben sich als wertvolles Fortbildungsmittel für die landwirtschaftlichen Genossenschaften und auch für die Studierenden der Landwirtschaft erwiesen. Es ist beabsichtigt, sie zu einer dauernden Einrichtung der Landwirtschaftlichen Hochschule zu gestalten.

Aachen. Entlarvter Betrüger. Ein 25 Jahre alter Bursche verschaffte sich dadurch auf betrügerische Art bei der Armenverwaltung eine Unterstützung, daß er auf den Anmeldeschein den Namen eines anderen Mannes setzte. Die Person aber, für die er sich ausgab, wurde von der Polizei gesucht, so daß dieser Umstand dem Betrüger zum Verhängnis wurde und er statt des Gesuchten ins Gefängnis kam. Der Festgenommene verfügte außerdem noch über Barmittel, die eine Inanspruchnahme der öffentlichen Wohlfahrt nicht rechtfertigten

Siegen. Die Regierungskommission, die kürzlich das südwestfälische und das Bergische Industriegebiet besucht hat, wird demnächst erneut in Westfalen eintreffen. Gegenwärtig findet eine Prüfung der Verhältnisse in Mitteldeutschland statt. Anschließend hieran wird die Lage im Siegerland eingehend studiert. Es ist auch beabsichtigt, am oberen Lauf der Lenne die Betriebe in Augenschein zu nehmen, die durch die gegenwärtige Wirtschaftslage so stark betroffen werden.

Ein Waffen- und Munitionslager in Hagen entdeckt

Die Polizei teilt mit: Den Beamten der Abteilung 1a des Polizeipräsidiums Hagen gelang die Aufdeckung eines Waffen- und Munitionslagers im Stadtteil Altenhagen, das sich im Keller des Hauses eines 42jährigen Kommunisten befand. Die Waffen und Munition waren in einer Blechkiste, sogenannter MG.-Kiste, im Erdboden vergraben. Es handelt sich um insgesamt 7 Pistolen und über 100 Schuß Munition, darunter großkalibrige Trommelrevolver (12 Millimeter) und Pistolenmodell 08. Die Waffen befanden sich in gebrauchsfertigem Zustande; sie waren sauber und sachgemäß eingefettet und in Fettpapier eingewickelt. Es handelt sich unzweifelhaft um ein Waffen- und Munitionslager der KPD. Der Eigentümer wurde festgenommen.

Pirmasens. Eine Erinnerung an Rat Dr. Rottmann. Der vor einigen Tagen in München gestorbene Rat am bayerischen Verwaltungsgerichtshof Dr. Hermann Rottmann, der im Jahre 1917 vom Felddienst nach Pirmasens als Vorstand des Bezirksamtes kam, hat sich dadurch in Pirmasens und in der Pfalz einen Namen gemacht, daß er, als die französischen Truppen im Dezember 1918 zwei Tage vor dem im Waffenstillstand vereinbartem Termin die Grenze überschritten, sich sofort zum kommandierenden General nach Bitsch begab und dort die Zurückziehung der Truppen bis zum vereinbarten Zeitpunkt forderte. Die Franzosen haben damals diesem Ersuchen auch Rechnung getragen, doch veranlaßten sie als Repressalie gegen Dr. Rottmann, daß er sofort nach dem Einrücken der Truppen die Pfalz verlassen mußte.

Münster. Die erste Motorradfahrt in den Tod. Am Nachmittag unternahm der 70jährige Rentner Fritz Arning mit einem Bekannten eine Motorradfahrt nach Altenberge. Kurz vor Altenberge fuhr der Motorradfahrer mit seiner Maschine in voller Fahrt gegen einen Baum. Bei dem schweren Anprall erlitt der 70jährige einen doppelten Schädelbruch und einen Beinbruch. An den Folgen der schweren Verletzungen ist er abends im Altenberger Krankenhaus gestorben.

Schweres Autounglück eines dänischen Geistlichen

1 Toter, 1 lebensgefährlich Verletzter — Der Geistliche leicht verletzt

Auf der Landstraße Lingen—Barwinkel kam es nachmittags gegen 5 Uhr zu einem folgenschweren Autounglück. Der beim Landstraßenbau beschäftigte 22jährige Arbeitsfreiwillige Venne aus Lingen wollte vor einem herankommenden schweren dänischen Reisewagen noch die Straße überqueren. Er hatte sich aber in der Entfernung verschätzt und geriet vor den in voller Fahrt befindlichen Wagen, wurde erfaßt und über den Kühler des Wagens gegen die Windschutzscheibe geschleudert. Mit tödlichen Verletzungen fiel er auf die Straße zurück. Der Wagen geriet ins Schleudern und rannte gegen einen Baum. Der Führer des Wagens, ein katholischer Geistlicher aus Apenrade in Dänemark, der von einem Kongreß aus Holland kam, flog durch die Windschutzscheibe auf eine Wiese, wo er mit leichteren Schnittwunden liegen blieb. Sein Mitfahrer wurde im Wagen festgeklemmt und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Das Auto wurde vollständig zertrümmert.

Vor den Aemterzusammenlegungen in Rheinland-Westfalen

Der Staatskommissar tritt in Aktion

Ueber die Arbeiten des zum Staatskommissar ernannten Landrats Huttrop (Wipperfürth) sind nunmehr Einzelheiten bekannt geworden. Da die Neueinteilung der Aemter am 1. April in Kraft gesetzt werden soll, wird mit den Arbeiten in Kürze begonnen werden. Ferner werden entgegen dem ursprünglichen Plan, wonach zunächst nur die Rheinprovinz bearbeitet werden sollte, die Aemterzusammenlegungen in der Rheinprovinz und in Westfalen zugleich durchgeführt. Es wird demnach in der nächsten Zeit mit einer umfassenden Aenderung auch in der westfälischen Verwaltungsstruktur zu rechnen sein.

Das Wetter von heute und morgen

Veränderliches und kühleres Wetter mit einzelnen Regenfällen, noch ziemlich starke westliche Winde.

Der Schildmeyer-Prozeß in Düsseldorf

Das Düsseldorfer Schwurgericht verurteilte den Kaufmannslehrling Schildmeyer wegen schweren Raubes in Tateinheit mit versuchtem Totschlag zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte unter Versagung mildernder Umstände sechs Jahre Zuchthaus beantragt. Das Gericht nimmt an, daß

keineswegs der Zeuge Dahmen der moralische Urheber der Tat

gewesen sei. Das Urteil ist sofort rechtskräftig.

*

Ueber den Verlauf des Prozesses wird noch berichtet:

Der Prozeß fand unter großem Andrang des Publikums statt. Der 18jährige Kaufmannslehrling Peter Schildmeyer aus Düsseldorf, war angeklagt, am 9. September in einem Hause in der Königsallee

den Geldbriefträger Lackemacher mit einem Hammer niedergeschlagen und ihn um 1130 RM beraubt

zu haben. Schildmeyer konnte, nachdem die Polizei bereits eine falsche Spur verfolgte, zwei Tage nach der Tat

auf die Angaben, die sein mit ihm bei der gleichen Firma beschäftigter Freund Dahmen der Polizei machte, festgenommen

werden. In der Kaffeekanne, in der die Lehrlinge sich ihren Frühstückskaffee aufzugießen pflegten, fand man das geraubte Geld bis auf 20 RM. Die Anklage lautete auf Mordversuch, schwere Körperverletzung und schweren Raub.

An der Verhandlung nahmen auch Vertreter zahlreicher Jugendverbände teil. Tatsächlich gibt der Fall erschütternde Einblicke in eine, wie die Zeugenvernehmung ergab,

selbst von den nächsten Angehörigen bis zur Tat nicht bemerkte Verwahrlosung.

Schildmeyer, der Sohn eines Polizeibeamten, besuchte das Gymnasium bis zur Sekundareife und kam dann in die kaufmännische Lehre. Von seinem Vater erhielt er monatlich 12 RM festes Taschengeld und für besondere Fälle Extrazuwendungen. Er war leidenschaftlicher Sportsmann und galt als religiös. Im Geschäft lernte er Dahmen kennen, der ebenfalls die Untersekundareife besitzt. Die beiden befreundeten sich und besuchten gemeinsam kleine Kinos, wobei sich Schildmeyer, um freien Eintritt zu erhalten, als Sohn eines Polizeioffiziers ausgab.

Durch Kriminalfilme wurde Schildmeyers Interesse für Nic-Carter-Geschichten angeregt,

von denen sein Verteidiger einen ganzen Stoß auf den Richtertisch legte. Später machten die beiden Freunde Ferienfahrten. Schildmeyer behauptet, daß er dabei von Dahmen angestiftet worden sei, in Wirtschaften, in denen sie einkehrten, Geld und Lebensmittel und einmal auch ein Huhn von einem Bauernhof zu stehlen. Im Frühjahr, so behauptet Schildmeyer, habe Dahmen davon gesprochen, man müsse auf andere Weise Geld besorgen, als maskierte Räuber nach Geschäftsschluß in Geschäfte eindringen oder den Geldbriefträger, der jeden Tag ins Geschäft käme, überfallen und berauben. Ueberhaupt

will Schildmeyer ganz unter dem Einfluß Dahmens gestanden haben.

Dahmen behauptet dagegen als Zeuge, daß er schon lange

nicht mehr mit Schildmeyer verkehren wollte, weil er auf den Ferienfahrten stahl. Schildmeyer habe ihm schon im Frühjahr erzählt, daß er den Geldbriefträger überfallen wolle.

Unmittelbar vor der Tat sei er auch schon zweimal dem Briefträger auf seinem Dienstwege begegnet und kannte seine Gewohnheiten. Am Vortage der Tat habe er Lackemacher schon einmal niederschlagen wollen, er habe aus innerer Scheu aber nicht zuschlagen können. Am Tage der Tat habe ihm Schildmeyer in der Toilette

das Geld gezeigt und ihm gesagt: „Es ist passiert!"

Er habe ihm 10 Zigaretten als Schweigegeld gegeben. Nach Geschäftsschluß habe er Schildmeyer an die Straßenbahn begleitet. Schildmeyer habe sich eine Zeitung gekauft, und ihm beim Einsteigen zugerufen:

„Ruhe ist jetzt die erste Bürgerpflicht!"

Am nächsten Tage spielten die beiden mit einem Mädchen Tennis und besuchten anschließend ein Kaffee. Dann verabschiedete sich Schildmeyer, nachdem er Dahmen noch zu einem Varietébesuch eingeladen hatte. Dahmen erzählte dem Mädchen die Tat, das ihn veranlaßte, die Sache der Polizei zu melden.

Der Verteidiger glaubte freilich, daß Dahmen seinen Freund verraten habe, um die Belohnung zu erhalten.

Letzte Funkmeldungen

Die Berliner Morgenblätter beschäftigen sich fast alle noch sehr ausführlich mit der durch den Leipziger Urteilsspruch geschaffenen Lage in Preußen.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig wird in der englischen Presse im allgemeinen dahin ausgelegt, daß die Stellung der Regierung v. Papen voll gesichert und gerechtfertigt sei. Die Widersprüche des Urteils könnten jedoch zu einer Verwirrung der verfassungsrechtlichen Lage in Deutschland führen.

Im Prozeß gegen die sieben Berliner Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor dem Reichsgericht in Leipzig beantragte der Reichsanwalt heute Morgen gegen Lesniewski 6 Jahre, gegen Behring 5 Jahre, gegen Behr, Beckmann und Emmerich je 3 Jahre, gegen Bauersfeld $1^1/_2$ Jahre Zuchthaus und gegen Barnitzke 2 Jahre Festung.

In einer Bonner Zentrumsversammlung sprach Dienstagabend Reichskanzler a. D. Dr. Wirth, der in seiner Rede sich besonders scharf gegen die Regierung von Papen wandte.

Minister Severing nahm in der Braunschweiger Stadthalle auf einer Kundgebung der Eisernen Front das Wort und erklärte, daß die Sozialdemokratie aus zahlreichen Gründen in Opposition gegen das Kabinett Papen stehe.

Eine Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg, in der Hofprediger D. Doehring sprach, wurde durch die nationalsozialistische Opposition gesprengt.

Bei der Wiederinbetriebsetzung der Hochöfen der Maximilian-Hütte bei Rosenberg (Oberpfalz) erlitten 28 Hüttenarbeiter Gasvergiftungen.

Der Besitzer Gallatz in Stendal fand gestern auf seinem Gartengrundstück im Brunnen die Leiche seiner seit Juni ds. Jhrs. vermißten Schwiegertochter. Man darf als sicher annehmen, daß der Ehemann der Toten, der 29 Jahre alte Maurer Gallatz, die Frau in den Brunnen geworfen hat. Er hat sich, nachdem er zuerst geflüchtet war, noch im Laufe der Nacht dem Gericht gestellt. Gallatz hatte bisher immer behauptet, seine Frau habe ihn böswillig verlassen.

Der frühere technische Direktor der Bayerischen Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft, Kommerzienrat Hans de la Porte, der am Dienstag zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, hat sich in der vergangenen Nacht in seiner Wohnung in Bayreuth mit Gas vergiftet.

Zwischen einem Kraftwagen und einem Straßenbahnwagen ereignete sich gestern Abend in Leipzig ein schwerer Zusammenstoß, bei dem zwei Personen getötet und eine schwer verletzt wurden.

Aus holländischen parlamentarischen Kreisen verlautet, die Regierung wolle unbedingt auf der Annahme ihrer Zollerhöhungsvorlage durch das Parlament bestehen.

Der Vizepräsident des Polnischen Aeroklubs, Baron Rosenberth, ist wegen Unterschlagung von 900 000 Zloty verhaftet worden.

Mit sofortiger Wirkung sind über 30 Positionen des finnländischen Zolltarifs erhöht worden.

Mussolini erklärte in Mailand in einer Rede, daß das 20. Jahrhundert das Jahrhundert des Faschismus sein werde. In 10 Jahren werde Europa ein anderes Aussehen haben.

In Pariser politischen Kreisen rechnet man damit, daß Herriot in der Kammer gegen die Forderung, die außenpolitische Aussprache doch schon jetzt stattfinden zu lassen, die Vertrauensfrage stellen wird.

Ein Pariser Blatt will erfahren haben, daß Kriegsminister Paul Boncour im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des französischen Sicherheits- und Abrüstungsplanes die Herabsetzung der Militärdienstzeit von 12 auf 9 Monate vorgeschlagen und durchgesetzt habe. Pertinax berichtet dagegen, daß es Herriot gelungen sei, den Kriegsminister angesichts des Wiederstandes des Großen Generalstabes von dieser Absicht abzubringen.

Der Pariser Berichterstatter der „Times" macht Mitteilungen über den angeblichen Inhalt des neuen französischen Abrüstungsplanes und erklärt dabei u. a., es werde sich die Frage erheben, ob die in dem Plan vorgesehene Schiedsgerichtsbarkeit auf die Grundlage des Versailler Vertrages aufgebaut werden solle. Wenn ja, so würde dies ein schweres Hindernis für die Annahme des Planes durch Deutschland sein.

„Daily Herald" und „News Chronicle" schreiben, man könne mit einer beschleunigten Entwicklung der Maßnahmen rechnen, die auf eine Wiederingangbringung der Abrüstungsverhandlungen hinzielen. In den Unterredungen zwischen Norman Davis und MacDonald sei eine Uebereinstimmung über Rüstungsbeschränkungen zur See sichergestellt worden, vorausgesetzt, daß Frankreich, Japan und Italien die notwendigen Zugeständnisse machten.

Das englische Unterhaus hat den von der oppositionellen Arbeiterpartei eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Regierung abgelehnt.

Der Sohn des argentinischen Finanzministers und der Sohn eines Millionärs sind von Verbrechern entführt worden, um von den Eltern ein großes Lösegeld zu erpressen. Dem Sohn des Finanzministers gelang es inzwischen, zu entkommen.

Vorverhandlungen über ein russisch-japanisches Abkommen

Demnächst sollen in Tokio die vorbereitenden Verhandlungen über ein japanisch-russisches Abkommen beginnen, als dessen Hauptpunkte die Yomiuri-Zeitung erstens den Abschluß eines Petroleum-, Kohlen- und Erzlieferungsvertrages mit Rußland, zweitens die Festlegung der russisch-mandschurischen Grenze, drittens den Ankauf der Ostchinesischen Bahn durch Japan und viertens ein japanisch-russisches Fischereiabkommen bezeichnen. Amtlich wurde erklärt, Japan sei einig in der Auffassung, daß ein solch umfassendes Abkommen mit Rußland möglich wäre, wenn die Sowjetunion jede bolschewistische Propaganda in Japan von Grund auf beseitigen würde, die man als Friedenshindernis ansieht.

Wiederzusammentritt der französischen Kammer

Das französische Parlament hat seine Arbeiten wieder begonnen. In der Kammer wiesen Franklin-Bouillon und Louis Marin auf die Wichtigkeit der auswärtigen Probleme hin. Sie betonten, daß man unmöglich die Regierung zu einer folgenschweren Konferenz gehen lassen könne, wie seinerzeit nach Lausanne, ohne daß man wisse, welchen Standpunkt die Regierung einzunehmen gedenke.

Die Kammer beschloß mit 500 gegen 78 Stimmen, sofort in die Beratung der Interpellationen über die Agrarkrise und über die Krisenprobleme einzutreten.

Klein, aber tüchtig

Winzige Lebewesen als Förderer der Technik

Täglich, stündlich und noch öfter begegnen sie Ihnen in irgendeiner Form, und doch kennen die Wenigsten von Ihnen sie, die **Diatomeen.** Freilich, mit dem bloßen Auge sind sie nicht wahrzunehmen. Der Wissenschaft zwar sind diese mikroskopisch kleinen Lebewesen seit langem bekannt, nur wußte man bis vor nicht allzu langer Zeit noch nicht, ob sie tierischen oder pflanzlichen Ursprunges sind. Neuerdings ist es jedoch den Gelehrten gelungen, Chlorophyll in ihrem Organismus festzustellen, und somit liegt ihr pflanzlicher Charakter eindeutig fest.

Lange bevor die Naturwissenschaft von ihnen Kenntnis hatte, ja lange bevor es überhaupt eine exakte Naturforschung gab, fanden sie schon praktische Verwendung. Bei ihrer wirtschaftlichen Verwendung handelt es sich aber nicht um die lebenden Organismen, die in phantastischen Mengen in allen Süß- und Seegewässern vorkommen, sondern um die **abgestorbenen Pflanzen,** die die **Diatomeenerde** bilden. Diese wohl mit am weitesten verbreiteten Lebewesen sind ihrer Natur nach mikroskopisch kleine Protoplasmaklümpchen, die von einer honigwabenartigen Kieselhülle umgeben sind.

Ihren naturwissenschaftlichen Namen Diatomeen (vom griechischen diatomein = entzweischneiden) verdanken sie ihrer Fortpflanzungsart. Sie haben in der Mitte einen ringartigen Einschnitt, an dieser Stelle fallen sie später auseinander, und jedes einzelne Teilchen lebt als selbständige Diatomee weiter. Ihre **Vermehrung** ist so **ungeheuer,** daß beispielsweise im Stillen Ozean in einem einzigen Liter Wasser bis zu 7 Millionen dieser Lebewesen enthalten sind. **8000 Arten** dieser Pflanzengebilde, die wieder unter sich etwa 150 Familien bilden, sind uns bis heute bekannt; damit dürfte ihre Zahl aber bei weitem noch nicht erschöpft sein. Einige davon sind uns unter dem Namen „Stab- oder Kieselalgen" geläufiger.

Wie lange ihre Verwendbarkeit schon den Menschen bekannt ist, beweist die Tatsache, daß bereits die **Römer** zur Herstellung von schwimmenden Ziegeln sich der Diatomeenerde bedienten. Die **Kuppel der Hagia Sophia** in Konstantinopel wurde auf Befehl des Kaisers Justinian aus solchen Steinen hergestellt, weil sie ein außerordentlich geringes Gewicht haben. Später gerieten sie allerdings lange Zeit vollkommen in Vergessenheit, und es bedurfte erst wieder amerikanischen Geschäfts- und Unternehmungsgeistes, die längst vergessene Kieselalge erneut zur Geltung zu bringen. Die **ungeheuren Diatomeenlager Californiens** mögen vielleicht den Anstoß dazu gegeben haben, zumindest aber hat ihr massenhaftes Vorkommen zu ihrer industriellen Verwertung und Verarbeitung in hohem Maße beigetragen. Ihrer ersten Verwendung als **Zahnpulver** im Jahre 1865 folgte kaum acht Jahre später die Verarbeitung zu einem brauchbaren **Metallputzmittel.** Nach ihrer Einfuhr in England hielt die wohlfeile Erde in raschem Siegeszug ihren Einzug in fast alle Industrien. Die **Zementindustrie** bedient sich ihrer, um eine haltbare Mischung herzustellen und eine blasenfreie, glatte Oberfläche zu erzielen, als **Filterstoff für Zucker- und Oelfabrikation** ist sie heute fast ebenso unentbehrlich wie zur Herstellung von **Papier** und **Seifen** aller Art. **Ziegel,** mit einer Glasur von Diatomeenerde überzogen, erhalten einen äußerst sanften Glanz, fühlen sich weich wie Leder an und sind dennoch von nicht geringerer Härte als andere Steine. Epochemachend dürfte sich ihre Verwendung auch bei **Asphaltanlagen** auswirken, weil sie diesem Material die Eigenschaft nimmt, sich zu verziehen und weich zu werden, selbst auf dem noch ziemlich jungen Gebiet der **Schalldämpfung** ist Diatomeenerde bereits mit Erfolg zur Anwendung gekommen, und ihre außerordentlich hohe Isolierfähigkeit gibt zu der Hoffnung Anlaß und Recht, daß auch in diesem immerhin noch sehr unvollkommenen Zweig der Technik bald ein Wandel zum Besseren geschaffen werden kann.

Kurz, die Verwendbarkeit der Diatomeenerde — dieses so zu Unrecht wenig bekannten Helfers der Menschheit — gewinnt immer neue Gebiete, es gibt wohl bald kaum einen wichtigen Industriezweig mehr, in dem sie nicht schon eingeführt wäre oder als Beimischung ihren vielseitigen Nutzen bewiesen hätte.

Tokio — zweitgrößte Hauptstadt der Welt

Eine Eingemeindung ganz großen Stils erlebte Tokio am 1. Oktober. Nicht weniger als 32 Vororte und Vorstädte wurden in die japanische Hauptstadt eingegliedert. Tokio zählt nun 5 311 000 Einwohner und ist somit die zweitgrößte Hauptstadt der Welt. Newyork ist zwar mit 6 930 000 Einwohnern immer noch die zweitgrößte Stadt der Welt, wohlgemerkt: Stadt, denn Newyork ist ja keine Landeshauptstadt. London ist die größte Landeshauptstadt. Als zweite folgt also jetzt Tokio.

Hobo, der Zugvogel der Landstraße

Von Karl Stelten

Schon immer zogen über die Landstraßen Europas und mit den Eisenbahnen in Nordamerika die Wanderarbeiter, Zugvögeln gleich, auf ihrer Suche nach Arbeit. Die Arbeitslosigkeit in aller Welt hat ihrer Armee immer neue Rekruten zugeführt. Die offiziellen Statistiken über die Arbeitslosigkeit erfassen sie nicht, nur Schätzungen versuchen ihre Zahlen festzustellen.

Hobos, das heißt die Heimat- und Ruhelosen, so nennt der amerikanische Volksmund dies wandernde Heer von einer halben Million Männer und Frauen. Es ist schon eine gemischte Gesellschaft, die je nach der Jahreszeit in die verschiedenen Gegenden einfällt. Selbst in den Zeiten der guten Konjunktur war ihr Ruf nicht der beste, denn viel lichtscheues Gesindel mischte sich unter die Wanderarbeiter, die heute dem Farmer bei der Erntearbeit halfen, morgen sich auf einem Fischdampfer anheuern ließen und bald darauf als Gelegenheitsarbeiter in den Städten auf dem Bau arbeiteten oder in den Wäldern sich als Holzfäller verdingten. Doch die Zeiten der Konjunktur sind vorbei, und die Armee der Hobos ist zur Landplage in den Vereinigten Staaten geworden.

Die alten Landstreicher geben den Ton an, aber die Jahrgänge zwischen 20 und 30 stellen den Stamm. Viele haben vor Jahren heimlich die jetzt so gut bewachten Grenzen der Staaten überschritten. Sobald sie erwischt werden, fliegen sie ins Gefängnis und werden im Schub über die nächste Grenze gebracht. Nie treten sie einzeln auf, immer in Scharen, oft zu kleinen Heeren von über tausend Mann zusammengeballt, fallen die Hobos in die kleinen Landstädte ein. Für die Städte ist ein solcher Einfall eine böse Heimsuchung. Am Rande der Stadt wird das Lager aufgeschlagen, und in kleinen Trupps ziehen sie bettelnd durch die Straßen. Der Güterzug ist ihre Landstraße. Schon immer fuhr der Tramp als blinder Passagier, und er lief stets Gefahr, auf offener Strecke vom fahrenden Zug zu fliegen. Fast jeder Zug fuhr sechs bis sieben solcher Hobos durch das Land, heute stürmen ihn ganze Trupps von 200 bis 300 heimatloser Menschen auf der Reise nach Arbeit. Die Schaffner führen einen erbitterten Kampf mit den ungebetenen Gästen, und die großen Linien unterhalten eine wohlbewaffnete Bahnpolizei. Aber der Uebermacht müssen sie alle weichen, hat doch die Southern-Pacificbahn erst kürzlich über 7000 blinde Passagiere im Monat an einer Station festgestellt. Ein erbitterter Kleinkrieg tobt zwischen dem Hobo und der Bahn, die Toten längs der Bahnstrecke geben an, wo wieder ein Hobo vom Waggon herunterflog.

Aber die Arbeitslosigkeit sorgt für die Auffüllung und Vergrößerung der Hobo-Armee. Aus allen Berufen und aus allen Ländern kommt Zuwachs: Abgebaute Lehrer, entlaufene Studenten, in Konkurs gegangene Kaufleute, arbeitslose Jugend arbeitsloser Väter, entflohene Gangsters, alte Wanderarbeiter, Amerikaner, Engländer, Deutsche, Gelbe und Schwarze. Eine Legion aller Berufe und aller Völker zieht ohne Rast und Ruh durch die Staaten der Union. Sie alle haben ihre Geschichte, und selbst die Grünlinge wissen schon milieugerecht zu erzählen. Mit der Kameradschaft wird es heute nicht mehr genau genommen. Es ist noch gar nicht so lange her, da meldeten die amerikanischen Zeitungen, drei schwerbewaffnete Verbrecher hätten die blinden Passagiere eines Frachtzuges vollständig ausgeplündert. Fast hundert Dollar soll immerhin die Beute betragen haben.

Wenn der Winter naht, dann wendet sich die Armee der Hobos nach dem warmen Süden und den Städten. Aber die Städte lassen kein Mittel unversucht, den Einfall der Hobos abzuwehren und sie, wenn es gar nicht anders geht, unter Kontrolle zu halten. Jede Stadt hat ihr eigenes System, und immer wieder kommen neue Abschreckungsmaßnahmen hinzu. Los Angeles läßt die einfahrenden Züge genau bewachen. Jeder Hobo wird eingesteckt und wie ein Verbrecher registriert, dann erst gibt es Nachtquartier. Am nächsten Tage wird er im Schub ostwärts weiterbefördert. Wehe ihm, wenn er noch einmal Lust nach Los Angeles bekäme, drei Monate Gefängnis sind ihm sicher! Etwas robuster geht eine kleine Stadt am Mississippi vor: Die Polizei schießt auf jeden, der einen Güterzug verlassen will. Eine andere Stadt ist etwas milder, sie kündigt ihre Abwehrmaßnahmen auf großen Tafeln an der Strecke vorher an. Was anders gibt es Frühstück und Abendbrot, dafür muß die Straße gereinigt werden. Für die jugendlichen Tramps haben die Jugendverbände in einigen Städten besondere Herbergen geschaffen. Hier werden sie gut verpflegt und können sich auch durch kleine Arbeiten etwas Geld verdienen. Aber das sind Ausnahmen. Keine Stadt will die Hobos haben, immer werden sie wieder abgeschoben. Chikago und Philadelphia haben für einige Nächte Unterkunft bereitgestellt, aber der Raum kann die Obdachlosen nicht fassen. — Das Auto ist mit der Eisenbahn in unfreiwillige Konkurrenz als Beförderungsmittel der Hobos getreten. Da die Polizei nur die Frachtzüge überwachen kann, ist in manchen Staaten das Mitnehmen arbeitsloser Wanderer im Auto unter schwere Strafen gestellt worden.

Ueberall Verbote, schimpfende Schaffner und unerbittliche Polizei, überall Abschub und Gefängnis, aber nirgends eine Bleibe oder gar Arbeit! Nur das Gefängnis gibt ihnen ein dauerndes Dach. Hin und wieder werden auch einmal Sammlungen aufgelegt, ihr Ertrag ist aber zu gering, die Not zu mildern; alles ist Plan und oft nur Spielerei. Um den Hobo sorgt sich ernstlich niemand, keine Gemeinde und keine Wohlfahrt kümmert sich um ihn. Zwar hat das Arbeitsministerium schon wiederholt die Bundesregierungen auf diesen Notstand hingewiesen, manche Vorschläge wurden gemacht, aber am Ende verschließt sich auch der Staat vor dieser Aufgabe. Hoffnungslos flieht die arbeitslose Jugend in diese Welt der Freiheit und Abenteuer. Ein hartes Schicksal wartet auf sie. **Und für die Alten ist es noch schlimmer.**

Amtl. Preisbericht der Kölner Produkten-Börse

Notierungen in Reichsmark für 100 Klg.
Frachtlage Köln (Dienstags und Freitags).

Köln a. Rh., 25. Okt. Weizen rhein. (neue Ernte) 74—74½ Klg. 20,25, Weizen ausl. 24—24,25, Roggen rhein. (neue Ernte) 71—71½ Klg. 16,25, Roggen ausl. 18—18,25, Hafer hiesiger (neue Ernte) 14,25—14,50, Hafer norddeutscher 16—16,75, Futtergerste ausl. 17—17,50, Wintergerste inl. 17,25—17,50, Sommergerste inl. 18—18,50, Mais grober 16,50, Mais kleiner 17,25, Weizenmehl 70% inl. 28,50, Rhein. Weizenbäckermehl (mit Auslandsweizen) 29,50, Roggenmehl 70% inl. 23,25—23,50, Roggenmehl 70% 24, Roggenschrot inl. 19,75, Roggenschrot (von Auslandsroggen) 20, Weizenkleie*) 8—9,75, Roggenkleie*) 7—7,50, Biertreber*) 10,75—11,50, Leinkuchenmehl 38%*) 11,25—11,50, Erdnußkuchenmehl 50%*) 11,25—11,50, Erdnußkuchenmehl 54%*) 12,25—12,50, Soyaschrot (extrahiert) 46%*) 10,75—11, Rapskuchen 38% 8,75, Palmkernkuchen lose 21% 9—9,50, Zuckerschnitzel lose 9,25—9,75, Rohmelasse 8,75—10, Wiesenheu inl. lose 4,60—5,40, Kleeheu inl. lose 5,80—6,50, Roggenstroh gepr.**) 1,30—1,50, Weizenstroh gepr.**) 1,30—1,40, Haferstroh gepr.**) 1,20—1,30. — *) Brutto mit Sack. — **) Ab rheinische Station. — Stimmungsbericht: Größte Zurückhaltung der Käufer führte zu weiterem Preisrückgang, besonders bei Weizen und Roggenmehl. Aber auch Roggenschrot schwächer. Futtermittel kaum gehalten.

Kölner Hauptmarkt

Köln, 25. Okt. Unübersehbare Mengen Gemüse und Obst waren dem heutigen Hauptmarkt wieder zugeführt. Der Absatz befriedigte nur in den Nachtstunden, später vollzog sich der Verkauf sehr langsam und an eine Räumung des Marktes zur festgesetzten Zeit ist nicht zu denken. Auch der Blumenmarkt war reich beschickt, auch viele frische Blumen aus dem Auslande, die für den bevorstehenden Allerseelentag begehrt werden. Gestern sind von der Marktverwaltung auch die Verkaufsstände für Blumen, Kränze und Kerzen an den Friedhöfen versteigert worden. Der Andrang war groß und bald waren alle Verkaufsstände vergeben. Aus dem Odenwald waren Semmelpilze zum Verkauf gestellt, die nicht die Beachtung fanden, die sie nach Ansicht der Verkäufer verdienen. Diese behaupten, Semmelpilze seien vollständiger Ersatz für Pfifferlinge und kosteten nur 15 bis 20 Pfg. das Pfund, während letztere 40—45 Pfg. das Pfund kosteten. Still war es an den Fischständen, Rheinfischer fehlten ganz. Auch auf dem Geflügelmarkt war es ruhig. Nur die schnatternden Gänse machten sich laut bemerkbar. Auf dem Wildmarkt erregte ein Hirsch, der über 2 Zentner wog, Aufsehen. Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln: blaue Nieren 5,50—6, gelbe 3,50—3,80, Industrie 2,40—2,60 RM der Zentner. Strauchbohnen 16—18, Wachsbohnen 18—20, Salatbohnen 19—22, Weißkohl 0,9—1,6, Rotkohl 2—3, Wirsing 1,7—2,5, Rosenkohl 10—13, Grünkohl 2—3, Feldsalat 12—25, Spinat 5—6, Steckrüben 2—2,5, weiße Rüben 3—4, Zwiebeln 6, Einmachzwiebeln 12—15, Karotten 3—4, Tomaten 10—20, Kürbisse 4—5, Möhren 3—4 Pfg. das Pfd., Kopfsalat 4—10, Endivien 3—7, Blumenkohl 10—35, Weißkohl 3—5, Rotkohl 5—7, Wirsingkohl 5—7, Kohlrabi 2—4, Rettich 2—4, Meerrettich 10—30, Gurken 20—40 Pfg. das Stück. Radieschen 2—3, Schwarzwurzeln 10—15, Möhrchen 3, Rübstiel 2,5 bis 4, Mangold 1—2 Pfg. das Gebund, Kochäpfel 9—14, Eßäpfel 15—20, Kochbirnen 6—10, Eßbirnen 10—25, Zwetschen 25, Preißelbeeren 40—45, Baumnüsse 27—45, Süßrahmbutter 120—130, Landbutter 112—115 Pfg. das Pfund. Eier 7,5—12 Pfg. das Stück. An Auslandswaren: Schwarzwurzeln 20—23, Tomaten 24—35 Pfg. das Pfd., amerik. Aepfel Kiste 11—13, Faß 28—29, russ. Aepfel Kiste 28—29, Almeria-Trauben Faß 16—17, Apfelsinen Kiste 15—17, Zitronen, Kiste zu 150 Stück 15—16, zu 300 Stück 18—26 RM, Bananen 22, Haselnüsse 35—45, Feigen 20—25, Pfirsiche 35—40, Birnen 30 bis 35, holl. Kochäpfel 11, holl. Trauben 40—50, ital. 22—25, franz. 18—20, Brüsseler 90—100, Ananas 90—100 Pfg. das Pfund

Vom Büchertisch

Langemarck

Dem Andenken der jungen Regimenter, die vor achtzehn Jahren vor Langemarck starben, gilt ein tiefergreifender Bericht der Kämpfe vom 19. bis 21. Oktober 1914, der soeben im neuen Heft der Münchner Illustrierten (Nr. 44) beginnt. Hier schildert einer, der dabei war, die Ereignisse jener in der Kriegsgeschichte einzigen Tage: die heroische Tapferkeit, die Todesverachtung und die flammende Hingabe der Freiwilligen-Regimenter, die fast ohne Artillerie, nur mit dem blanken Bajonett und mit dem Mut ihrer 19, 20 Jahre gegen die Kernstellung der englischen Armee vorgingen. Dieser Bericht eines Ueberlebenden ist das schönste und ergreifendste Gedenk-Mal, das man den Toten von Langemarck errichten konnte.

Geschäftliches

Wer rechnen kann

und an der richtigen Stelle sparen will, der wird zur Wäsche nur Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver in dem bekannten roten Paket verwenden. Ein Paket Schwanpulver kostet nur 24 Pfg., ein Doppel-Paket nur 44 Pfg., dazu Seifix zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche; Paket 14 Pfg. Gründlicher, schonender und zugleich billiger Waschen als mit Schwanpulver und Seifix kann man nicht. Schwanpulver bekanntlich seit über 50 Jahren bewährt und begehrt und nicht nur für alle Wäsche, sondern auch zum Abseifen und Schrubben ausgezeichnet.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Beilage „Aus dem Reiche der Frau"
Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Frauenwelt und Heim

Unser Jahrgang

Viele Bücher wurden geschrieben, von der Front, von der Heimat und vom Kriegsleben. Nur ... von den Frauen, die damals blutjung noch waren und ihre Jugend dem Krieg opferten, von ihnen schrieb man wohl kaum und niemand weiß von ihrem Leid.

Vergessen, wie so manche Dinge, die der Krieg gebracht, niemand denkt daran, daß gerade diese Frauen heute noch spüren müssen, fast täglich spüren müssen, was sie opferten.

Mit 18 Jahren war man so jung, so froh und voller Freude und Lebenskraft. Dann . . . kam der Krieg. Und man war voller Begeisterung, und Siegesgewißheit glühte im Herzen der ganzen Jugend damals.

Und man wurde auch kriegsverlobt, stolz, daß „er" auch nun bald ins Feld rücken mußte.

. . . Kriegshilfsdienst wurde dann in der Heimat gemacht, wir alle wollten doch helfen, daß bald wieder Friede wurde.

Liebesgaben wurden gepackt, Briefe und Karten an alle Lieben da draußen geschickt; auch die Brüder zogen ins Feld, auch noch so jung und so froh. Man wurde nie müde, frohe Briefe ins Feld zu schicken, weil man an den Sieg glaubte.

Nur wenn man die Listen der Gefallenen und Vermißten las, dann kam eine große Trauer, und man konnte damals noch nicht recht verstehen, warum es so viel Leid geben muß.

Und man blieb doch froh und siegesgewiß bis — plötzlich keine Nachricht mehr kam. Tage und Wochen vergingen, man wartete still und doch immer noch hoffend — man war ja noch so jung! Dann kam ein Tag, so hell und klar und voll Sonne und man meinte, es müßte alles gut werden — da kam ein Brief, ein Brief mit der eigenen Handschrift und dem kleinen Vermerk „vermißt". Es war so unmöglich, dieses zu verstehen, zu begreifen, man war ja noch so jung und erwartete vom Leben noch alles Glück und alle Freude der Jugend. Da ... plötzlich spürte man, wie hart das Leben und wie kalt und grausam das Geschick und — es war ja nur eines der vielen tausend Herzen, das diesen Schmerz so spüren mußte.

Das Leben aber stand trotzdem nicht still, alles ging weiter, der Krieg auch — und man wartete, wartete Tage, Wochen und Monate und .... Jahre wartete man vergebens. Das Warten machte ruhelos, die Heimat konnte keine Ruhe mehr bringen, und man zog hinaus in die Ferne. Und weit fort von der Heimat zum ersten Male, da kam das Heimweh und brachte keine Ruhe, man war damals so jung noch.

Und nun wurde ein Arbeitsfeld geschaffen. Damals wurden noch Frauen gesucht, die Kriegshilfsdienst machen wollten und man arbeitete und konnte helfen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmittelverteilung, Schreiben von Urlaubsgesuchen, Nachforschen nach Vermißten und so vielen anderen Dingen, die auch zum Krieg gehörten. Zuweilen vergaß man da das eigene Leid, weil das Leid anderer Menschen noch viel größer war. Nur eins konnte man auch da nicht finden: innere Ruhe — trotz Arbeitskraft und Arbeitsfreude. Und so wanderte man weiter, überall arbeitend und Pflichten erfüllend.

Das Warten hatte man aufgegeben, nachdem ein Jahrzehnt vergangen, ohne daß eine Nachricht kam, niemand konnte sagen, was geschehen. Das Ende des Krieges hatte alle Freude und alle Hoffnungen genommen.

Deutschland aber muß schwere Zeiten erleben, Not und Elend ist gekommen — Jugend ist vorbei und ohne jung gewesen zu sein, kam das Altwerden.

Gertrud Schult.

Vom Winterschlaf der Sommerkleider

Verglichen mit dem Einmottefest im Frühjahr ist die Vorbereitung für den Winterschlaf unserer Kleidung freilich ein Kinderspiel, aber wer im nächsten Jahr noch Freude an seinen Sommersachen haben will, muß ihnen doch ein wenig Sorgfalt und Pflege angedeihen lassen.

Reinlichkeit ist natürlich auch hier die Hauptsache. Schmutzflecken und durchs Tragen in der sommerlichen Hitze entstandene gelbe Streifen an Hals und Armen müssen restlos beseitigt werden, haben sie doch die unangenehme Eigenschaft, sich sonst tief in die zarten Stoffe einzufressen. Wenn möglich, ist das ganze Kleid in einer milden Seife zu waschen und, falls es nicht unbedingt farbecht ist, im Schatten liegend zwischen alten Tüchern zu trocknen, so daß sich nirgends die feuchten Bahnen berühren. Dagegen empfiehlt es sich nicht, die Kleider gleich zu plätten, die Arbeit müßte im Frühling doch wiederholt werden. Seiden- und Spitzenkragen, Gürtel und all der bewegliche Zierat duftiger Sommerkleider wird ebenfalls gereinigt — in Waschbenzin bleiben auch Plissees erhalten — und gesondert aufbewahrt. Wer weiß übrigens, ob die launische Mode im nächsten Jahr die Verwendung an den alten Stellen erlaubt?

Ob die Kleider sauber in Pappkästen verpackt oder im Schrank hängend den Winter überdauern, bleibt sich gleich. Für große Staubbeutel aus dünnem Nessel oder alten Bettüchern sind sie im Schrank sicher dankbar. Ich selbst bevorzuge Beutel, die unten geschlossen und seitlich geschlitzt und zugebunden sind. Sie sind handlicher und übersichtlicher und schützen vor allem die Kleidung gegen den Staub, der sich besonders auf dem Boden des Schrankes niederzulassen pflegt. Wer ein übriges tun will und über sehr reiche Garderobeschätze verfügt, kann ja auch ein Zettelchen, auf dem der Inhalt des Kleiderbeutels vermerkt ist, außen daran heften.

Wesentlich anspruchsloser als die Winter- und Sportstrümpfe sind die hellen Sommerstrümpfe in bezug auf ihr Ruhelager. Dagegen wollen die zarten Sommerschuhe gute und sorgfältige Betreuung. Nicht nur das Oberleder muß gesäubert und mit guter Creme behandelt werden, auch die Sohlen sind vorsichtig einzufetten, ohne daß der genähte Rand Flecken erhält. Sind alle Falten im Oberleder geglättet, so zieht man die Schuhe auf Leisten; sind sie nicht genügend zur Hand, so stopfe man die Schuhe mit kleinen Ballen sauberen Papiers aus, ohne sie jedoch aus der Form zu bringen. Zum Schluß verschwindet jeder Schuh in einem hellen Schuhbeutel. Schon wieder etwas Neues anschaffen? Bewahre! Die abgeschnittenen Füßlinge alter Strümpfe leisten hierfür vorzügliche Dienste; gegebenenfalls helfen auch die Beinlinge oder schadhafte Schlüpfer mit. Die Verwendung von Apfelsinenkisten, wie die Marktleute sie abgeben, zu kostenlos und selbst herzustellenden luftigen Schuhschränken ist wohl zu bekannt, als daß ich hier darauf einzugehen brauchte.

Hutständer, wie sie früher nur die Putzmacherinnen besaßen, fehlen wohl jetzt nur noch in wenigen Schränken. Schlimmstenfalls sind sie durch alte Blumenvasen oder hohe Konservenbüchsen zu ersetzen, auf denen der Hutkopf, mit Seidenpapier ausgestopft, sitzt. Soll der Hut liegend aufbewahrt werden, so achte man darauf, daß der Papierballen aus dem Hutkopf herausfällt. Ruht der Hut auf der Krempe, so verliert er unbedingt die Form. Filzhüte, wie man sie ja auch den Sommer hindurch trägt, lieben Dampfbäder, und während der Wasserdampf aus dem Teekessel sie umspült, bearbeitet man sie zweckmäßig mit einer sauberen Bürste. Helle Filzhüte kann man zudem noch mit einem Brei aus pulverisiertem Alabaster und Benzin reinigen.

Und so eingebettet kann unsere Sommerkleidung in den Winterschlaf versinken, während wir seufzend die vorjährigen Herbstanzüge hervorsuchen.

Dr. J. Lochmer.

Wege zu Bühne und Film

Die „Bretter, die die Welt bedeuten" und die „Leinwand"! Noch immer sind sie sehnsüchtiger Traum viel Tausender junger Menschenkinder. Den meisten bleiben sie unerreichbares Ideal. Viele zerschellen an dem Versuch, sie Wirklichkeit werden zu lassen. Verkümmern auf Schmieren oder im Tingeltangel, verwarten ihre Jugend und Lebenskraft erfolglos in Vorzimmern von Agenten oder auf der Filmbörse, sind zuerst froh und später aus Hunger und Not dankbar, wenn man sie gelegentlich einmal als Statist oder Komparse verwendet. Vielen glückt nicht einmal dies. Es sind immer nur wenige, ganz Auserwählte, denen Gelegenheit gegeben wird, sich für ein paar Jahre wirklich erweisen zu dürfen. Nehmen wir optimistisch an, daß „Erweisen" immer mit Könnertum Hand in Hand geht. So ist damit keineswegs gesagt, daß jeder Könner, in diesem Fall jeder darstellerisch Begabte, sich auch erweisen wird. Die Menschheit ist durchweg von Natur aus viel zu gut schauspielerisch veranlagt, als daß nicht schon darin allein der Grund läge für die Unmöglichkeit, alle zu „Entdecken", allen einen auch nur halbwegs lebenserhaltenden Posten anzubieten. So war es schon in Zeiten des Theateraufbaues, so ist es noch viel schlimmer in einer Zeit generellen Abbaues, und in einer Zeit, in der nicht nur künstlerisch leidenschaftlich besessene Menschen sich berufen fühlen, sondern auch alle diejenigen, die glauben, mit eitler Schönheit allein sei es getan, oder solche, denen die Gerüchte von Stargagen ihren festen Schlaf genommen haben. — Um zu einem tatsächlichen Erfolg bei Bühne oder Film zu gelangen, genügt es heute nicht, ein Sonntagskind zu sein und „Glück" zu haben. Es gehören, wenn nicht ganz merkwürdige Zufälligkeiten im Spiel sind, oder geradezu unerhörte Fähigkeiten und Energien mitsprechen, schon recht prominente Beziehungen dazu, die dem Suchenden eventl. einen Weg schaffen könnten.

Die notwendige Ausbildung ist keine vorgeschriebene. Sie kann teilweise durch privaten Unterricht bei Bewegungskünstlern, Vortragslehrern, Sprachbildnern, Sporttrainern usw. genommen werden. Günstiger dürfte, wenn ein wirklicher Erfolg erstrebt wird, immerhin schon der Besuch einer Schauspiel- oder Filmschule sein, da hier die Anwärter, ehe sie aufgenommen werden, zunächst einer Eignungsprüfung unterzogen werden. — Für den Filmenthusiasten bemerke ich noch, daß seit Durchführung des Tonfilms die Kenntnis von ein bis zwei Fremdsprachen (möglichst englisch und französisch) fast unerläßlich ist.

Der Schauspielregisseur entwickelt sich praktisch meist aus dem Beruf des Schauspielers. — Auch der Filmregisseur muß von der Pike auf dienen, und zwar beginnt er seine Laufbahn am besten als Regieassistent.

Die Ausbildungsdauer läßt sich weder für Darsteller noch für Regisseure in irgendeiner Weise vorausbestimmen. Hier spielen die verschiedenartigen Begabungen einerseits, wesentliche Zufälle andererseits eine riesige Rolle.

Dr. Charlotte Mohr.

Die Küche im Spätherbst und Winter

Allmählich heißt es Abschied nehmen von der billigen und dabei doch so wohlschmeckenden Sommerküche. Die alte und doch ewig neue Frage: „Was koche ich morgen?" ist nun nicht mehr so leicht gelöst, wenn man „zeitgemäß" kochen will. Mit fortschreitender Jahreszeit muß der Speisezettel neben den notwendigen Vitaminen und Nährsalzen nunmehr einem größeren Verbrauch von Fett, Eiweiß, Mehl- und Zuckerstoffen gerecht werden.

Fleisch spielt in der Winterküche meist eine größere Rolle, als in der des Sommers. Verhältnismäßig billige Eiweißträger sind Fische, besonders Seefische.

Einige von den uns lieb gewordenen grünen Freunden aus Garten und Feld wollen auch im Winter solange wie möglich bei uns aushalten. Da ist z. B. der würzige Sellerie und sein Bruder Porree, auch Boretsch genannt, die zu Suppen, Gemüse oder Salat zubereitet, auch hohen Ansprüchen gerecht werden. Der zarte Rosenkohl und der eisenhaltige Spinat bleiben uns lange Zeit treu, ebenso Rot- und Weißkohl. Letztere sollten nicht immer als Gemüse aufmarschieren müssen, sondern auch ab und zu als roher oder gekochter Salat erscheinen dürfen. Umgekehrt kann die Endivie, die als der Wintersalat bekannt ist, auch als Gemüse zubereitet werden. Im Winter müssen wir mehr denn je die Nährstoffe der Gemüse voll und ganz erhalten. Also kein langes Auslaugen im Salzwasser! Einzig der etwas herbe Grünkohl und in späteren Wintermonaten auch der Wirsing müssen sich einen kurzen Guß mit heißem Salzwasser, — das nachher zum Aufgießen verwendet wird — gefallen lassen. Auch des Meerrettichs dürfen wir nicht vergessen, dieses zuverlässigen Magenputzers, der für solche, die seine Schärfe nicht lieben, mit Milch zubereitet wird. „Sauerkraut füllt die Haut, stärkt die Bein und macht die Backen klein" hat ein Sprüchlein schon vor hundert Jahren behauptet. Kräftig zu essen, ohne dabei Hängebacken zu bekommen, war also damals gerade so modern, und das Sauerkraut wird diesen Wünschen bis auf den heutigen Tag gerecht. Es gibt ein Mittel, um es ganz besonders schmackhaft zu machen: Ein bis zwei rohe Kartoffeln werden gerieben und mit Mehl zu einem leichten Teiglein vermengt, das dem Sauerkraut, kurz bevor es ganz weich ist, zugegeben wird. Dörrobst, das im Winter gerne Verwendung findet, soll nach gründlichem Waschen einige Stunden eingeweicht und in diesem Einweichwasser gekocht werden. Wer einen vollen Obstkeller hat, sollte recht oft frisches Obst auf den Tisch bringen. Ein bis zwei Aepfel pro Person sind ein köstlicher Nachtisch und — wofür besonders unsere lieben Kleinen schwärmen — ein sehr gesundes Betthupferle.

Maya Fuhrmann.

Zimmerkultur von Hyazinthe und anderen Zwiebelgewächsen

Aufzucht von Hyazinthen in Töpfen

Jede Hausfrau, die dazu finanziell in der Lage ist, sollte im Winter ihr Heim mit Blumen schmücken. Mit verhältnismäßig wenig Mühe und geringen Mitteln läßt sich hier viel Freude bereiten.

In erster Linie sind es verschiedene Zwiebelgewächse, die im Winter und im zeitigen Vorfrühling zur Blüte kommen. Eine der bekanntesten und beliebtesten ist die Hyazinthe in ihren mannigfaltigen Farben. Die Aufzucht der Hyazinthe ist sehr einfach. Im Herbst, von September bis November, werden die Zwiebeln, die bei jedem Gärtner und in allen Samenhandlungen zu haben sind, in Töpfe gepflanzt, so daß die Spitze der Zwiebel gerade noch aus der Erde hervorsieht. Je nach Größe des Topfes und der Zwiebeln kommen eine bis mehrere in einen Topf. Der Erde sind zweckmäßig 1/3 Sand oder feiner Flußkies beizumischen. Die Töpfe werden jetzt gut gegossen und im Garten eingegraben, so daß sie etwa 15—20 Zentimeter mit Erde bedeckt sind. Tritt Frostgefahr ein, so ist die Eingrabstelle mit Laub oder Stroh zu bedecken, um jederzeit an die Töpfe herankommen zu können.

Wer keinen Garten hat, stellt die Töpfe in einen luftigen, dunklen, kühlen, aber frostfreien Raum (Keller). Hier muß jedoch von Zeit zu Zeit, etwa alle 8 Tage, gegossen werden, so daß die Erde immer feucht ist.

Im Januar können die ersten Töpfe ausgegraben, beziehungsweise aus dem Keller heraufgeholt werden, wenn die Zwiebeln etwa 8—10 Zentimeter ausgetrieben haben. Um sich längere Zeit an der Blütenpracht erfreuen zu können, empfiehlt es sich, nur immer ein paar Hyazinthen in Abständen von etwa 8 Tagen ans Licht zu bringen. Die Töpfe werden jetzt in einem kühlen, aber frostfreien Zimmer an ein sonniges Fenster gestellt und die Zwiebeln mit einem Papierhütchen überdeckt, bis die Blüte sich zu färben beginnt.

Soll das Treiben etwas beschleunigt werden, so können die Hyazinthen auch in ein warmes Zimmer gebracht werden, jedoch darf die Temperatur nie über 16 Grad Celsius steigen. Auf ständiges Feuchthalten der Erde ist hier besonders zu achten. Diese Art des Treibens birgt jedoch die Gefahr in sich, daß die Blüten aufgehen, ehe die Blütentraube aus den Blättern herausgewachsen ist.

Um die voll erblühte Hyazinthe möglichst lange zu erhalten, empfiehlt es sich, diese nachts in ein kühles frostfreies Zimmer zu stellen und ihr auch tagsüber einen möglichst kühlen Stand zu geben.

Hyazinthen in Gläsern

Hyazinthen können auch in Gläsern getrieben werden, die ebenfalls beim Gärtner oder in Samenhandlungen zu haben sind. Die Gläser werden mit stubenwarmem Wasser so gefüllt, daß das Wasser den Wurzelboden kaum berührt. Später, wenn die Zwiebeln erst Wurzeln getrieben haben, ist es gut, den Wasserspiegel etwa 1 Zentimeter unterhalb der Zwiebel stehen zu lassen. Verdunstetes Wasser muß nachgegossen und etwa alle 8—14 Tage muß das Wasser erneuert werden. Ein in das Wasser getanes Stück Holzkohle verhindert Fäulnis. Im übrigen ist die Kultur in Gläsern ähnlich der in Töpfen, d. h. also zuerst die Gläser mit den Zwiebeln in einen dunklen, kühlen Raum stellen, bis die Wurzeln den Boden des Glases erreicht haben und dann mit einem Papierhütchen versehen ans Licht bringen, bis dieses von der Blüte hochgehoben wird oder diese sich zu färben beginnt.

Sollen bereits zu Weihnachten die Hyazinthen blühen, so müssen die Zwiebeln schon im September in Töpfe oder auf Gläser gesetzt werden. Alle Sorten aber eignen sich nicht dazu. Es müssen dann beim Gärtner oder in der Samenhandlung besonders frühtreibende Zwiebeln, die bereits eine Vorbehandlung erfahren haben, verlangt werden.

Topfkultur von verschiedenen frühblühenden Zwiebeln

In der gleichen Zeit wie die Hyazinthen in Töpfen können auch Tulpen, Osterglocken, Krokus, Szilla, Schneeglöckchen und andere Zwiebeln getrieben werden. Da ihre Zwiebeln bedeutend kleiner sind, kommen mehrere in einen Topf. Krokus, Szilla und Schneeglöckchen eignen sich auch sehr gut zum Bepflanzen von flachen Schalen. Sie werden dann dicht nebeneinander gesetzt. Bei der Verwendung von tiefen Töpfen empfiehlt es sich, diese bis zu einem Drittel mit kleinen Steinen anzufüllen, ehe die Erde hineingebracht wird. Ein Ueberdecken der jungen Triebe mit einem Papierhütchen ist nicht erforderlich. Tulpen, Krokus, Szilla und Schneeglöckchen sollen etwa 4—6 Zentimeter, Osterglocken zirka 7—10 Zentimeter ausgetrieben haben, ehe sie ans Licht gebracht werden können. Gerade bei den Tulpen gibt es eine große Anzahl der verschiedensten Sorten mit ihren prächtig leuchtenden Farben, die sich sehr gut zum Treiben eignen. Bei den Osterglocken, die ja zu den Narzissen gehören, sei noch auf die Tazetten oder Bukett-Narzissen hingewiesen, die mit ihren dichten wohlriechenden Blütendolden einen sehr schönen Zimmerschmuck abgeben und zur Zimmerkultur sehr geeignet sind. Frühzeitig gepflanzt, können sie schon Anfang Dezember 8—10 Zentimeter hoch sein, so daß sie zum Weitertreiben in das warme Zimmer gebracht werden können und Weihnachten mit ihrer Blütenpracht die Zimmer erfüllen.

Eine andere ebenfalls zu den Narzissen gehörende Zwiebel ist die Weihnachtsnarzisse oder Chinesische Heilige Zwiebel. Sie blüht zum Weihnachtsfest, wenn sie im Oktober aufgesetzt wird und ist bezüglich ihrer Pflege äußerst anspruchslos. Die Zwiebel wird auf eine mit Kieselsteinen oder Sand und Wasser gefüllte Schale gesetzt und in einem kühlen dunklen Raum solange gelassen, bis sie sich gut bewurzelt hat und sich Blätter bilden. Dann kommt sie an ein helles Fenster in einem warmen Zimmer. Es ist jetzt nur noch darauf zu achten, daß der Sand immer genügend feucht gehalten wird. Die Weihnachtsnarzisse kann natürlich auch wie jedes andere Zwiebelgewächs im Topf gezogen werden.

Willn Eberts.

Herbstmorgen

Nebelschwaden schwängern die Luft.
Kühler, köstlicher, herber Duft
Durchströmt den Raum.

Scheu weckt die Sonne den jungen Tag,
Der noch in tiefem Schlummer lag
Und küßt ihn leicht.

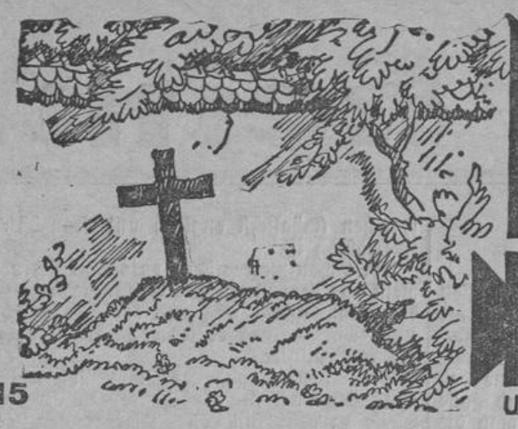
Reif deckt still die Erde zu,
Ihr müder Leib hat endlich Ruh,
Reich war die Frucht.

Es ist ein holdes Müdesein,
Ein Träumen in den Herbst hinein
Zu langem Schlaf.

Lore Heine.

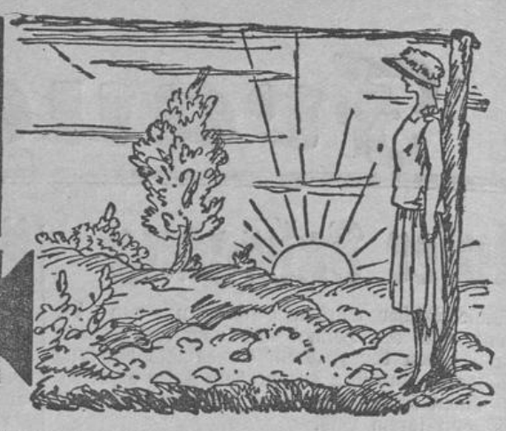
Eine jugendliche Rekorddiebin

Ein junges Mädchen aus Konstanz hat einen traurigen Rekord aufgestellt: Obwohl erst 13 Jahre alt, hat sie doch in Konstanz bereits nicht weniger als 40 Einbrüche in Hotels und Privathäuser begangen. Die kleine Diebin, die jetzt in Zwangserziehung genommen wurde, hatte ein ganzes „Warenlager" angesammelt.



MATA HARI

ROMAN VON ARNO FRANZ



15

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU · SA

„Gut! — Schreiben Sie ihm, bitte: Fünfzehntausend Mark an mich, holländische Gesandtschaft Paris. Umgehend zu erledigen. Ich würde es ihm auf den Knien danken. Schreiben Sie ihm das, bitte!"

„Gesandtschaft Paris?" wendete Eckerts ein. „Aber Sie sind doch hier in Madrid, Mata."

„Ich reise mit nächster Gelegenheit."

„Um Gotteswillen!"

„Ich reise!"

„Man wird Sie des Briefes wegen verhaften."

„Ich reise trotzdem!"

„Liebste, beste Freundin, tun Sie es nicht. Man wird Sie vor ein Kriegsgericht stellen und —"

„Soll man! Ich muß nach Paris."

Eckerts war machtlos gegen ihren Willen. Er konnte nichts tun, als sich schweigend fügen und ihrer Bitte entsprechen.

Das tat er noch am gleichen Tage und mit dem Fernzug Madrid-Barcelona-Montpellier fuhr Mata am anderen Morgen heim. —

* * *

Unerkannt und unbehelligt kam Sie in Paris an.

Wahrscheinlich hielten es die Verantwortlichen für ausgeschlossen, daß sie sich jemals wieder nach Frankreich wagen würde und hatten infolgedessen auch keine Grenzstation unterrichtet.

Kara war zum erstenmale in seinem Leben überrascht, ja erschrocken, als er öffnete und sich seiner Herrin gegenübersah.

Das Personal starrte sie an, wie einen Geist.

Marow brachte kein Wort über die Lippen. Er saß wie tot im Sessel.

Zu diesem staunenden Entsetzen lächelte Mata.

Als sich das Personal, das ihr wie hypnotisiert, bis ins Zimmer gefolgt war, zurückziehen wollte, sagte sie:

„Bleiben, bitte! Einen Moment nur."

Sie trat vor Marow hin und faßte seine Hände.

„Ich wollte dir auf deinen Brief persönlich antworten, Lex und euch" — das sagte sie zu den anderen — „vor dem Ende versorgt wissen, deshalb bin ich hier. — Ich habe den für Brüssel bestimmt gewesenen Brief den Deutschen nicht übergeben, überhaupt nicht mit ihnen von diesem Briefe gesprochen. Glaubst du mir das, Lex?"

„Wenn du es sagst, so glaube ich es," sagte er überzeugt.

„Ich danke dir. — Und nun zu euch! Schweigt gegen jedermann von meinem Hiersein. Ich werde euch bei meinen Freunden unterbringen. Auf die Straße gesetzt werdet ihr nicht. Ich sorge für euch, nur haltet den Mund, bis ich es getan habe. Versprecht mir das."

Einzeln traten sie an die Herrin heran und gaben ihr wortlos die Hand. Nur Kara blieb stehen, wo er stand.

In diesen letzten Tagen der Freiheit zeigte sich Matas Energie und Entschlossenheit im strahlenden Lichte.

Sie ließ nichts unbedacht, bei allem, was sie tat.

Zunächst rief sie die Gesandtschaft an und bat um sofortige Benachrichtigung falls Geld einlaufe. Dann ließ sie Lefebre durch Kara benachrichtigen, daß die Yacht sofort fahrbereit zu halten sei und endlich bat sie ihren alten Freund, den Anwalt Clunet zu sich — für alle Fälle. Man konnte nicht wissen, was die nächsten Stunden brachten.

Der Alte erschien.

Er war ebenso erregt, wie es Marow und die anderen gewesen waren, als er sie sah.

„Mußte das sein, Mata? Mußte es?" fragte er und setzte sich ihr gegenüber.

„Was denn, mein lieber Clunet?"

„Daß Sie zurückkamen. Man munkelt so mancherlei. Wenn nur die Hälfte wahr ist von dem, was man redet, langt es zum Schlimmsten."

„Ich werde mich dann doch immer noch auf meinen Freund Clunet verlassen können! Oder nicht?"

„Wie können Sie zweifeln, Mata. Ich stehe Ihnen mit meinem Namen, meiner Person und allem Können restlos zur Verfügung. Nichts würde mich hindern, Ihre Sache zu führen, wenn es je nötig sein sollte. Daß es dazu kommt, verhüte Gott."

„Es kommt dazu, Clunet," antwortete sie überzeugt und streckte ihm dann die Hand hin. „Ich danke Ihnen für Ihre Bereitwilligkeit und bin beruhigt. Ich werde mich nicht unsichtbar machen können. Heute bereits wird der in seiner Mannesehre gekränkte Ledoux wissen, daß ich nicht mehr in Madrid bin."

Wieder legte der Alte die Stirn in Falten.

„Sie hätten bleiben sollen, Mata. In Madrid saßen Sie sicher."

„Clunet, es gibt Dinge, die wir tun müssen. Müssen! Ob sie klug sind, bedeutet nichts. Ob wir zweckmäßig handeln, auch nicht. Daß wir nach unserem ethischen Empfinden richtig handeln, darauf kommt es an."

„Das ist die Anschauung großer Menschen."

„Ach, lassen Sie das, lieber Clunet," sagte Mata, „die Zeit der Komplimente ist vorbei. — Es ist meine Ansicht und die war bestimmend für mich. Ich habe für die zu sorgen, die der Staat meinetwegen existenz- und heimatlos machen will. Sie wissen doch, daß mein gesamtes Hab und Gut beschlagnahmt ist?"

„Ich hörte davon. — Uebrigens ist das unzulässig. Dagegen lassen sich Schritte tun."

Mata lächelte.

„Meinem Gefühle nach zu urteilen, wünschen das die Herren von IIa sogar und wollten mich durch diese Konfiskation zur Rückkehr veranlassen. Ich werde mich aber hüten, mich bemerkbar zu machen, wenigstens vorläufig. Wenn Herr Rittmeister Marow abgereist ist, bin ich vielleicht bereit, den Kampf aufzunehmen. Vorher nicht."

Der Rittmeister Marow! Den hatte Clunet ganz vergessen.

Er griff sich an die Stirn und bedeckte dann einen Moment die Augen.

„Jetzt wird mir vieles klar," sagte er leise und saß gedankenvoll vor sich hin.

Mata faßte seine Hand. Sie wußte, daß er sie noch immer liebte und um sie litt.

„Ich wollte Ihnen nicht weh tun, lieber Clunet," sagte sie warm. „Es ist nun nicht anders. Das Herz führt uns eigene Wege. Wir müssen ihm folgen."

„Leider oder glücklicherweise! Je nachdem." — Resigniert setzte er hinzu: „Ich bin ein alter Mann und werde trotzdem Ihr Freund bleiben, bis sich meine Augen schließen. Wie Sie sehen, folge auch ich dem Herzen, das mich führt."

Mata war gerührt von seiner stillen entsagenden Liebe. Es wurde ihr schwer, noch ein Ersuchen an ihn zu richten.

Clunet, der ihr Zögern bemerkte, sagte: „Was ist es, das Sie bewegt, Mata?"

„Eine Bitte noch hätte ich, Clunet. Wenn Sie gestatten würden!

„Bitten Sie oder fragen Sie. Wenn ich Ihnen dienen kann, tue ich es gern, das wissen Sie."

„Es sind Ihnen viele Menschen verpflichtet und manche von ihnen werden glücklich sein, wenn sie sich dankbar erweisen könnten. Dazu wäre Gelegenheit. Ich hätte gern die versorgt, die mir in Treue dienten. Können Sie einen Gärtner, einen Chauffeur, eine Zofe, ein Hausmädchen und eine Köchin irgendwo unterbringen?"

„Das kann ich."

„Und würden Sie es tun?"

„Sie sonderbare Frau" — er sah sie lange an — „ich verspreche es Ihnen."

10.

Während dieser Unterredung fand im Kriegsministerium auch eine Unterredung statt und zwar zwischen dem Minister und Hauptmann Ledoux.

Matas Befürchtung war eingetroffen. Ledoux wußte nicht nur, daß sie von Madrid abgereist war. Er wußte auch, daß sie sich in Paris aufhielt und dann wußte er ferner noch, daß Hauptmann Eckerts bei Hauptmann Richters für H. 21 — das war Mata Hari — um fünfzehntausend Mark gebeten hatte.

Mit seinem Material vor sich, saß er dem Minister gegenüber.

Selbständig vorzugehen hatte er nicht gewagt.

Es gab unter den vielen Männern Frankreichs, die Glück und Gut für Mata Hari geopfert hätten, zwei, die auch ihr Leben für sie hinzugeben bereit gewesen wären.

Der eine war der Kriegsminister, der andere Clunet.

Das war ganz allgemein bekannt.

Und da ein Kriegsminister immerhin eine Person ist, auf die Rücksicht genommen werden muß, hielt es Ledoux für richtig, Vortrag zu halten und sein Material vorzulegen.

Der Minister hatte mit zusammengekniffenen Augen zugehört, keine Zwischenbemerkung gemacht, auch keine Frage getan.

Er schwieg auch jetzt noch, als Ledoux geendet hatte.

Der Hauptmann befand sich in einiger Verlegenheit. Das Schweigen lastete sichtlich auf ihm.

Endlich faßte er Mut und tat die Frage: „Ist dieses Material ausreichend, Herr Minister, um einschreiten zu können?"

Barsch gab er zur Antwort:

„Im Kriege kann jeder Wisch zur Handhabe werden, um unliebsame Personen abzuschieben oder zu beseitigen. Sie müssen wissen, was Sie zu tun haben. Sie allein tragen die Verantwortung."

„Darf ich gehorsamst um Ihre persönliche Ansicht bitten, Herr Minister?"

Der besann sich einen Augenblick, dann antwortete er:

„Ich kenne die Dame sehr genau und bin der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß sie eine unehrenhafte Handlung nicht begehen kann. Der Schein ist gegen sie. Gewiß! Aber Beweise sind das noch nicht, die Sie vorbringen."

„Und wenn die Dame das Geld aus Amsterdam erhalten sollte?" wagte Ledoux zu fragen.

„Dann wird man immer noch nicht wissen, wer es gibt und für was gegeben wird. Es ist ein Unterschied, ob der Hauptmann Richters den Betrag schickt oder der deutsche Spionagechef. — Und wenn Sie zu einer Sistierung schreiten müssen und wenn die Anklage erhoben werden sollte, dann bleibt eine Beweisführung nach dieser Seite unmöglich, weil man weder Richters, noch Eckerts als Zeugen laden könnte."

„Dann sollte man die Sache ad acta legen, meinen Herr Minister?"

„Ich meine gar nichts, Herr Hauptmann Ledoux," sagte er breit und hart und erhob sich. „Sie sind derjenige, welcher — —!"

Auch Ledoux hatte sich erhoben.

Er nahm seine Papiere zusammen und klappte die Aktentasche zu.

„Ich werde meine Pflicht tun," sagte er, und der Minister antwortete:

„Der Staat erwartet nichts anderes von Ihnen."

Ein kaltes militärisches Grüßen! Die Unterredung war beendet.

Ledoux ging.

In ihm waren Unsicherheit, Haß und Verbissenheit. Zufrieden war er ganz und gar nicht, weder mit dieser Mission, noch mit seinem Berufe.

In seinem Arbeitszimmer sammelte er seine Leute um sich.

Es herrschte Gewitterstimmung. Den Herren war nicht wohl. Nur Arnauld machte ein pfiffiges Gesicht.

Was mußte denn dieser Ledoux zum Minister gehen? War ihm ganz recht geschehen, daß er dort abgeblitzt war.

„Also meine Herren," begann der Chef, „die Ueberwachung bleibt."

Er nannte keinen Namen, so selbstverständlich war es für jeden, um wen es hier ging.

„Jeder Schritt wird kontrolliert. Vor allen Dingen sind ihre Telephongespräche zu überwachen. Es muß festgestellt werden, ob sie das Geld bekommt. An der Abhebung des Geldes ist sie nicht zu hindern. Mir aber ist sofort Bescheid zu geben. Verstanden?"

„Jawohl!"

„Dann an die Arbeit!"

Und jeder ging, seine Pflicht zu tun.

Zuletzt verließ Arnauld das Zimmer.

Er rieb sich vergnügt die Hände.

Sein Gewährsmann auf der holländischen Gesandtschaft war längst unterrichtet. Er wartete auf die paar Franc Verdienst, die der Verrat einbrachte.

Den Lorbeer pflückte er.

* * *

In Mata Haris Heim standen die Koffer für Rittmeister Marow schon seit Mittag gepackt. Vor Stunden war auch eine Schwester eingetroffen, die seine Begleitung nach Rußland übernehmen wollte.

Alles war peinlich gewissenhaft vorbereitet. Der Chauffeur wartete nur auf den Befehl: Los!

Gesprochen wurde an diesem Nachmittage kaum ein Wort. Alle waren sie mit ihren eigenen Gedanken beschäftigt.

Wie das so ist, wenn Menschen auseinandergehn für immer!

Da, gegen drei Uhr meldete Kara einen Boten.

Mata ging auf den Flur hinaus, ihn abzufertigen.

„Sie wünschen, mein Herr?"

Der Gefragte wies sich als von der Gesandtschaft aus und meldete den Eingang des Geldes.

„Es wird um baldige Abholung gebeten, Mevrouw," versicherte er.

„Danke sehr! In einer halben Stunde bin ich dort."

Das sagte sie ohne Erregung und so absolut beherrscht, daß sich der Bote, der — ebenso wie seine Vorgesetzten — wußte, daß diese schöne und kluge Frau um den Einsatz ihres Lebens spielte, verwundert zurückzog.

„Es ist soweit, Lex," sagte Mata im Zimmer zu Marow. „Der Traum endet im Erwachen und das Erwachen im Traum. — Komm, kleide dich an. Wir müssen gehen."

Marow, der die ganze Zeit über wie ein Lebloser gewesen war, erhob sich schwer. Er stand unsicher auf den Füßen.

Mata half ihm in den Ueberzieher, rückte ihm die Krawatte zurecht, die sich verschoben hatte und reichte ihm den Hut.

Es war, als ob eine Mutter ihren Jungen zum Ausgehen fertig machte.

„Hast du alles, Liebster," fragte sie. „Deine Ausweise? Auch die Zigaretten?"

„Alles Mata, selbst dich," sagte Marow.

Da küßte sie ihn auf den Mund — das letztemal — und führte ihn hinaus.

In der Diele warteten die anderen.

„Bitte, Schwester, die Reisekasse! Hier, nehmen Sie. Sie werden nicht in Verlegenheit kommen."

Zum Chauffeur: „Fahrbereit bis Le Havre?"

„Jawohl, Madame."

„Dann zunächst zur holländischen Gesandtschaft, von da zu Lefebre und dann . . ."

Sie stockte. Konnte nicht weitersprechen. Machte nur eine hilflose Bewegung.

Kara hing ihr den beige-farbenen Mantel um, den sie so gern trug. Seine Hände ruhten eine Sekunde länger auf ihren Schultern als sonst. Leise flüsterte er ihr zu:

„Nichts ist nichts, Nonna, und alles ist nichts."

Mata nickte.

Dann gingen sie fort.

* * *

Die letzten Angelegenheiten waren erledigt.

Das Auto fuhr die Champs Elysee hinauf, hielt auf dem Place de l'Etoile.

Mata stieg aus.

„Leb' wohl, Lex. Dein Gott gebe dir Frieden."

Der Wagen rollte davon.

Sie sah ihm nach.

Als er weit draußen in der Avenue de la Grande Armee verschwand — die Straße führte über Nanterre, St. Germaine nach Le Havre — atmete sie befreit auf.

Das erstemal seit Monaten war ihr wohl und leicht.

Er war in Sicherheit.

* * *

Langsam schritt sie dieselbe Straße weiter, die Marow soeben gefahren war.

Die Entspannung machte sich geltend. Sie wurde müde. Die Füße wurden schwer. In den Händen war ein leichtes Zittern.

Was Wunder — sie hatte ja heute noch keinen Bissen gegessen.

Da trat sie in eines der kleinen eleganten Kaffees, die dort nicht selten sind und bestellte einen Mokka.

Sie setzte sich an eines der Tischchen, die an den Fenstern standen.

Der Kellner servierte.

Sie ließ ihn noch eine Schachtel Abdullah bringen.

Er bot Feuer.

Mata sog den Rauch der Zigarette tief in die Lunge und hauchte ihn dann zur Decke empor.

Ihr war wohl.

Am Fenster gingen zwei Herren vorbei, sahen hinein, stutzten, dann traten sie auch in den Raum.

Mata lächelte.

Die beiden bestellten ebenfalls Mokka. Dann ging der eine hinaus, kam aber nach zwei Minuten schon wieder zurück. Der andere sah ihn fragend an. Da nickte er.

Mata lächelte wieder.

Sie kannte beide und wußte, daß der kleine Leutnant Arnauld soeben mit seinem Chef Ledoux telephoniert hatte.

Was — das konnte sie sich denken.

Und sie beschloß, ihn in Verlegenheit zu bringen.

„Bitte zahlen, Garcon," rief sie dem Kellner zu.

Der stürzte herbei, die anderen wurden bleich.

Ein kurzes Tuscheln, dann trat Arnauld an ihren Tisch

„Pardon, Madame," sagte er und stockte.

Mata erwiderte liebenswürdig:

„Eines nach dem anderen. Bitte, Herr Leutnant, nehmen Sie einstweilen Platz" und gab dem Kellner, was er zu bekommen hatte.